

EINWOHNERRAT

Protokoll

der 41. Sitzung des Einwohnerrates Allschwil (Amtsperiode 2012-2016)

Sitzungsdatum: 24. Februar 2016
 Sitzungsort: Aula Schulhaus Lettenweg, Lettenweg 25, Allschwil
 Sitzungsdauer: 18.00 – 21.30 Uhr

Präsenz
 Einwohnerrat: Vorsitz Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin Einwohnerrat
 Gemäss Präsenzliste

Gemeinderat: Nicole Nüssli-Kaiser, Präsidentin
 Christoph Morat
 Franziska Pausa
 Franz Vogt
 Arnold Julier
 Thomas Pfaff

Gemeindeverwaltung: Dieter Pfister, Gemeindeverwalter
 Rudolf Spinnler, Rechtsdienst

Gäste:

Entschuldigt: Robert Vogt (Gemeinderat)
 Daniela Werren Kienzler

Abwesend:

2/3-Mehrheit: 18.00 Uhr, 37 Anwesende = 25
 18.15 Uhr, 38 Anwesende = 26
 19.15 Uhr, 39 Anwesende = 26

Bereinigte Traktandenliste

1. Wahl eines Mitgliedes in den **Schulrat Kindergarten und Primarschule**, anstelle der zurückgetretenen Daniela Werren Kienzler (SP-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016) Geschäft 4266
 2. Bericht des Gemeinderates vom 03.02.2016, betreffend **Gemeindeentwicklung „Zukunft Allschwil“** und **Beantwortung des Postulats von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil** Geschäft 3895F
Geschäft 4027 / A
 Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser
-

3. Bericht des Gemeinderates vom 27.01.2016, betreffend
Räumliches Entwicklungskonzept
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4271
4. Bericht des Gemeinderates vom 27.01.2016, betreffend
Immobilienstrategie 2016 Allschwil
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4270
5. Motion von Matthias Häuptli, Mario Elser und Jérôme Mollat, GLP,
vom 8.12.2015, betreffend **Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung**
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4259
6. Bericht des Gemeinderates vom 11.11.2015, betreffend
**Abrechnung über den Verpflichtungskredit in der Höhe von CHF 1'350'000.00
inkl. MWST für die Sanierung des Doppel-Kindergartens „Schlappenmatten“**
Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat Geschäft 4148B
7. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, betreffend
**Ersatz Parkplatzreglement durch Ersatzabgabe-
reglement für Parkplätze**, 1. Lesung (mit Antrag auf nur eine Lesung)
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4255
8. Bericht des Gemeinderates vom 18.11.2015, zum Postulat
von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 10.09.2012, betreffend
Frühförderung benachteiligter Kinder im Vorschulalter
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4095 / A
9. Bericht des Gemeinderates vom 13.01.2016, zum Postulat von
Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion, vom 20.01.2014, betreffend
Ersatzparkplätze für wegfallende Parkplätze an der Baslerstrasse
Geschäftsvertretung: GR Robert Vogt Geschäft 4174 / A
10. Interpellation von Bruno Gadola, SP-Fraktion, vom 19.05.2015, betreffend
Integrationskonzept
Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier Geschäft 4240 / A
11. Interpellation von Niklaus Morat, SP-Fraktion, vom 27.08.2015, betreffend
Was kostet uns die UStR3
Geschäftsvertretung: GR Franz Vogt Geschäft 4246 / A
12. Postulat von Andreas Bammatter, SP-Fraktion, vom 27.12.2015, betreffend
Projekt Skulpturenführer Allschwil 2015 – 200 Jahre Allschwil
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme
Geschäftsvertretung: GR Franziska Pausa Geschäft 4267
13. Verfahrenspostulat von Ueli Keller, Grüne, vom 9.12.2015, betreffend
Bitte macht vorwärts mit dem Lindenplatz
Antrag des Büros: Nichtentgegennahme
Geschäftsvertretung: Büro ER Geschäft 4260

Nach der Pause:

- INFO-FENSTER DES GEMEINDERATES

Für das Protokoll:

Marianne Eggenberger / Nicole Müller, Sekretariat Einwohnerrat

Einwohnerratsprotokoll Nr. 41 vom 24. Februar 2016

://: Das Protokoll wird ohne Änderung genehmigt.

**Die Präsidentin des
Einwohnerrates Allschwil**

Pascale Uccella-Klauser

Begrüssung / Mitteilungen des Präsidenten

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich begrüsse Sie herzlich zur Februarsitzung. Speziell begrüsse ich René Vogt, Herr Werdenberg und Thomas Möller von der Bürgergemeinde

[Entschuldigungen/Präsenz siehe Protokolleingang]

Ich habe zwei Mitteilungen. Ich begrüsse Herrn Krummenacher sehr herzlich, er ist da für Fragen zum Geschäft 3895F. Er kann Fragen dazu gleich beantworten.

Es gab eine Anfrage von Herrn Bammatter in der letzten Sitzung betreffend WLAN. Ich habe das Passwort nun erhalten, wer das WLAN auch möchte, soll bitte bei mir vorbeikommen. Ich kann es auf Wunsch der Lehrer nicht öffentlich machen. Für sie ist es sehr wichtig, dass es nicht rausgeht. Ich sage den Code hier jetzt nicht, weil sonst steht er im Protokoll und dann weiss es ganz Allschwil. Wer es braucht, kann gerne bei mir vorbeikommen.

Von der GLP Allschwil ist eine Motion eingegangen, Konzept Wohnen am Arbeitsort.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Zuerst eine persönliche Erklärung. Werte Damen und Herren des Einwohnerrates, vom Gemeinderat, von der Verwaltung, unsere Gäste und Vertreter der Zunft der gespitzten Bleistifte, in Basel heisst es Ryssblei. Ich bin kein Leser von dem Blatt mit drei Buchstaben und einem kleinen a in der Mitte. Mir wurde der Artikel zugespielt, der gestern in der Zeitung war. Ich wurde darauf angesprochen. Herr Hoffmann mit zwei ff, wie Hoffnung, hat diesen Artikel geschrieben. Ich möchte kurz sagen, was das auslöst. Ich hatte gestern und heute vier Schlichtungsverhandlungen als Friedenrichter. Da wurde ich von bekannten KMU-Vertretern aus Allschwil darauf angesprochen, jeder Gemeinderat hat diesen Personen bereits die Hand geschüttelt. Sie haben gesagt: Oh, Herr Winter, es sind ja Wahlen. Sie wissen ja, wo man das Geld holen muss. Ich finde das wahnsinnig, was so ein Artikel von Herrn Hoffmann, welcher Hoffnung bringen sollte, aber leider nicht hoffnungsvoll und zielgerichtet schreibt, auslöst. Das kann schädlich sein für unseren Einwohnerrat und unsere Gremien. Noch bevor der GPK-Bericht vorliegt mit Empfehlungen wird verurteilt. Das macht mich sehr betroffen. Für mich

persönlich und auch für andere hier drin, bedeutet unser Gemeindewesen und unsere Zusammenarbeit, wenn Parteien, die Politikexponenten, Mitglieder der Verwaltung, ganz schlicht wissen, was sie sagen, und auch nicht hoffnungslos etwas abgeben und sich so zitieren lassen. Reden ist das eine, Gegenlesen und Verantwortung tragen, für die Personen, die hier mitgemacht haben, ist das andere.

Die GPK hat den Artikel auch gelesen und zur Kenntnis genommen. Hutwechsel, ich spreche als GPK-Mitglied. Ihr habt alle Papiere vor euch, die wir in der GPK geschrieben haben. Es geht darum, dass im Protokoll vom 9. Dezember stand, das Geschäft wird weitergegeben an die GPK. Die GPK, sieben Personen aus allen Fraktionen, haben das angeschaut. Wir wussten nicht, wo anpacken und wo hintun. Wir fanden, dass wir einen Fragenkatalog zusammenstellen sollten. Wir haben uns gefragt, was der Inhalt unserer Aufgabe ist und mit welchen Kompetenzen. Wir haben Erfahrungen gemacht mit dem Wahlbüro, das wir regulär in der GPK angeschaut haben. Wir haben uns auf offene Türen gefreut. Quatsch, Sesam und Alibaba sind nicht in der GPK. Wir mussten über Liestal abklären, zusammen mit dem dritten Stock der Gemeindeverwaltung, was wir eigentlich machen können. Es ging lange, bis Sesam für die GPK aufging, nicht wegen dem Wahlbüro selber, sondern wegen den Formalitäten. Wir durften dann unter strenger Aufsicht und Beobachtung, konsequent begleitet und mit Redestillstand, sogar beim Kaffee, das Wahlbüro besuchen. Wir haben uns gefragt, wie dies denn mit der Stiftung sei. Ich habe die Gemeindeverwaltung und das Präsidium angefragt, und es hiess, dass man es auch nicht so genau wisse. Ich habe Liestal angefragt. Es hiess, ja selbstverständlich. Die GPK kann das abklären, aber wir haben keinen Zugang auf Papier. Wenn wir als GPK etwas auslösen möchten zur Nachkontrolle, wo es darum geht, Abläufe bei der BDO, die gewesen waren, nochmals mit einer Expertin oder einem Experten anzuschauen, dann müssen wir einen Sonderkredit machen. Das geht nur mit dem Einverständnis des Einwohnerrates. Wir sind das Gremium. Wir müssen also euch darüber informieren, was wir machen. Wenn wir mehr machen wollen, als das, was vor euch auf dem Tisch liegt, dann müssen wir einen Antrag stellen, dass wir den Schlüssel für eine Nachkontrolle erhalten, also einen Budgetnachtrag, und dass wir auch in der Stiftung Papiere anschauen können. Ich gehe davon aus, dass alle Mitglieder unser Papier gelesen haben. Ich hatte viele Mails zuhause, und habe mich mit der Verwaltung und der Präsidentin abgesprochen. Wir können auf den Antrag verzichten, eine Änderung der Traktandenliste zu machen. Sie wissen jetzt, in welche Richtung wir gehen. Wir werden am Freitag loslegen mit der ersten Runde. Sobald wir aufgrund der Untersuchungen und Feststellungen sehen, dass wir vom Einwohnerrat das Passwort brauchen zum Weitergehen, werden wir einen Antrag hier drin stellen, dass wir Gelder benötigen, um dies anzuschauen und die Unterlagen anzuschauen. Ich verzichte auf eine Änderung der Traktandenliste, wir müssen es nicht heute behandeln. Wir in der GPK gehen alle davon aus, dass es gelesen wurde, wir wissen, was wir machen werden, und wenn nötig, dann kommen wir wieder. Ich bitte um Kenntnisnahme des vorliegenden Papiers. Wenn jemand nicht Kenntnis nehmen möchte, dann teilen Sie das bitte Ihrer Fraktion mit.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur Bereinigung der Traktandenliste, sie wurde rechtzeitig zugestellt. Gibt es einen Änderungsantrag zur Traktandenliste?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion hat eine Änderung eingereicht zum Traktandum 4, Geschäft 4270, Immobilienstrategie 2016 Allschwil. Auch wenn Christoph, was wir sehr toll finden, sämtlichen Fraktionen Hand geboten hat, sich bei ihm zu informieren zu offenen oder unklaren Punkten, sind wir an der Fraktionssitzung trotzdem zum Schluss gekommen, dass uns das Geschäft zu eng und zu straff ist für diese Zeit und Grössenordnung. In den letzten Tagen fanden viele Telefonate mit anderen Fraktionen statt und ich habe herausgehört, dass es in allen Fraktionen teilweise Unstimmigkeiten gibt. Ich bin der Meinung, dass dies bei so einem wichtigen Geschäft zu viel ist, um es heute durchzukriegen. Ich möchte beliebt machen, dass wir mehr Zeit haben, damit wir es nicht grad zurückweisen müssen. Wir verschieben es auf die März-Sitzung und dann haben wir mehr Zeit, um es in den Fraktionen besser anzuschauen und damit sich die Fraktionspräsidenten untereinander austauschen können, die Befindlichkeiten in den Fraktionen mitteilen, um zu schauen, in welche Richtung es gehen soll. Bei diesem Geschäft werden wir nur zu einem guten Abschluss kommen, wenn wir mit grossmehrheitlicher Übereinstimmung von allen Fraktionen in dieselbe Stossrichtung gehen, damit, wenn wir vors Volk gehen, nicht ein gutes Produkt scheitert wegen kleinen Unstimmigkeiten. Damit wir dies sauber aufgleisen können, sollten wir es auf März verschieben. Die Fraktionspräsidenten und vielleicht noch die Mitglieder der VPK, das können wir nach der Sitzung noch besprechen, könnten dann die Köpfe zusammen stecken und schauen, wo wir als Einwohnerrat gemeinsam für Allschwil hinmöchten. Ich hoffe, dass Sie unseren Antrag unterstützen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Ich habe im selben Zusammenhang einen Antrag eingereicht, allerdings auf Rückweisung. Ich weiss, dass im Moment nicht der Platz ist, dies zu behandeln, aber ich muss Ihnen doch sagen, was meine Gründe sind. Ich bitte, kurz meinen Rückweisungsantrag aufzulegen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Es geht jetzt nur um den Antrag auf Änderung der Traktandenliste.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Das ist mir schon klar, aber mein Antrag hat eine Auswirkung auf das. Wenn wir das um einen Monat verschieben, dann haben wir verlorene Zeit. Ich beantrage eine Rückweisung, damit wir das Geschäft frisch beginnen können. Wir können auch in einem Monat eine Rückweisung machen. Das Arbeitspapier ist kein Strategiepapier, das ist eine Verkaufsbroschüre.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Kneier, es tut mir leid, dass ich Ihnen das Wort abmelden muss, es geht jetzt nur um den Antrag.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich persönlich würde den Antrag der SVP unterstützen. Wir haben dies ziemlich heftig diskutiert an der Fraktionssitzung. Wir hatten jetzt die unglückliche Konstellation, wegen den Fasnachtsferien, und dass zwischen Fraktionssitzung und Einwohnerratssitzung nur zwei Tage waren. Dieses Geschäft ist zu wichtig, um jetzt irgendetwas übers Knie zu brechen. Ich finde es auch besser, wenn wir es jetzt verschieben.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir von der FDP haben bald bemerkt, dass es eine grosse Sache ist. Wir haben uns bereits letzte Woche reingekniet und konnten uns für heute soweit vorbereiten, dass wir mit ein paar Ergänzungen und Anträgen uns gut vorbereitet fühlen. Ich kann die Argumente von Florian Spiegel aber nachvollziehen. Ich denke, es macht Sinn, dem Antrag der SVP zu folgen.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir von der GLP/BDP-Fraktion unterstützen diesen Antrag auch. Alleine die Mail-Flut zwischen den Fraktionen heute Nachmittag hat gezeigt, dass Klärungsbedarf besteht. Auch wir hätten es begrüsst, wenn man dieses Geschäft vorgängig in der VPK hätten besprechen können. Auch das wäre angesichts der Bedeutung des Geschäfts sinnvoll gewesen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Wir unterstützen den Antrag auch. Was die GLP-Fraktion gesagt hat, möchte ich wiederholen. Wir haben im Einwohnerrat Instrumente, wenn es um Immobilien-Strategien geht, ist eindeutig die VPK involviert und auch die Umweltkommission. Ich möchte beliebt machen, dass wir diese Instrumente auch nutzen, um die Meinungen dieser Kommissionen zu berücksichtigen und die Verankerung in der Fraktion in einer zeitlich zumutbaren Entwicklung zu gewährleisten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Auch wir können hier folgen. Ich habe ein bisschen Bauchknurren, weil wir erst jetzt davon erfahren. Wir hatten auch Fasnacht und haben am Montagabend trotzdem unsere Sitzung durchgeboxt bis 23.45 Uhr. Wir können trotzdem folgen, aber ich wäre verbunden, wenn man auch vor der Sitzung ein Wort davon gehört hätte.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Ich glaube, wir sollten es heute Abend behandeln. Die ganze Immobilien-Strategie wurde sehr gewissenhaft und fundiert vorgebracht. Wenn sich im Rat jeder einzelne für sich seine Gedanken macht und wenn wir es in die VPK bringen, dann wird die Immobilien-Strategie nie Gültigkeit haben. Jeder hat das Gefühl, dass er ein Immobilien-Experte sei. Wenn man sieht, was Wüest & Partner hier gemacht haben, dann ist dies ein saubererer und fundierter Bericht. Ich behaupte, dass die meisten hier drin nicht sehr viel Ahnung von Immobilien und Verkauf haben. Man sollte sich auf das verlassen, was Fachleute sehr fundiert ausgearbeitet haben. Der Bericht verhebt wirklich. Auch in Zusammenhang mit dem neuen Schulhaus wurden gewisse Elemente besprochen, woher wir Geld erhalten, was wir verkaufen müssen oder sollten, damit wir wieder genügend Geld haben. Wenn wir das Ganze zerrupfen und immer weiter hinausschieben, dann vergrössern wir unsere Schuldenlast und haben nichts davon.

Christoph Morat, Gemeinderat: Der Gemeinderat hat Ihnen in der Januarsitzung angekündigt, dass es eine relativ enge Sache wird. Auch damals habe ich darauf hingewiesen, dass nur wenige Stunden zwischen den Fraktionssitzungen nach den Fasnachtsferien und der heutigen Einwohnerratssitzung sind. Aus diesem Grund haben Jürgen Johner, Hauptabteilungsleiter und Hauptverantwortlicher dieses

Geschäfts, und ich uns zur Verfügung gestellt, bei Ihnen in den Fraktionen dieses Papier vorzustellen und Fragen vorgängig zu beantworten, damit wir heute Abend mit einem Zusatzantrag oder mit wenigen Fragen dies durchziehen können, damit es für die Volksabstimmung im Juni reicht. Im Publikum sitzen Vertreter der Bürgergemeinde. Die Bürgergemeinde hat uns einen Letter of Intent zugestellt, das heisst, sie wären für die eine Parzelle ein möglicher Verkaufspartner für uns. Sie plangen seit längerer Zeit darauf in Allschwil ein Projekt zu realisieren. Der Gemeinderat sass bereits zweimal mit dem Bürgerrat am Tisch und hat Verhandlungen geführt. Die sind auf sehr fruchtbarem Weg und ich muss heute Abend feststellen, wenn der Antrag der SVP durchkommt, dann wird es nicht möglich sein im Juni eine Volksabstimmung zu machen. Es wird dann verschoben auf das dritte oder evtl. vierte Quartal. Der Einwohnerrat muss sich dessen bewusst sein, dass es nicht auf Juni reicht, sondern dass es in der zweiten Hälfte des Jahres zu einer Volksabstimmung kommt. Dann tritt das ein, was Roland Naef gesagt hat, es wird später und später mit dem Verkauf. Ich achte Ihr Verantwortungsbewusstsein und schätze es, dass Sie dieses auch für uns wichtige Geschäft sorgfältig behandeln möchten. Ich finde es schade, dass sich einige Fraktionen nicht von unserem Angebot überzeugen liessen. Aber ich kann damit leben, wenn dies der Einwohnerrat heute Abend so beschliesst.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Kurz als Anregung. Ich habe dies auf Bundesebene schon gesehen, dass Abstimmungsbroschüren verteilt wurden und dass man darauf hingewiesen hat, dass die Abstimmung nur stattfindet, falls überhaupt ein Referendum ergriffen wird. Das war beim Steuerabkommen mit Grossbritannien und glaub Österreich. Dann wurde kein Referendum ergriffen und die Abstimmung hat nicht stattgefunden, aber man hat den Termin trotzdem reserviert, damit man keine Zeit verliert. Vielleicht könnte man dies auch auf Gemeindeebene so machen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir haben jetzt wieder einmal eine Patt-Situation. Unser Fraktionspräsident hat gesagt, dass wir vorbereitet sind. Andere Fraktionen haben auch gesagt, dass sie gearbeitet haben. Trotzdem sehe ich, dass eine Mehrheit der Meinung ist, dass wir die Traktandenliste ändern sollten. Was passiert, wenn wir es durchziehen? Diejenigen, die heute Abend nicht vorbereitet sind, werden blockieren und es herauszögern. Am Schluss gibt es ein Abstimmungsergebnis 17 zu 18 Stimmen oder 18 zu 17 Stimmen. Wir hatten eine Sitzung, wo wir über Kultur im Einwohnerrat geredet haben. Wir sind jetzt in einer Situation, wo wir uns überlegen müssen, wie wir damit umgehen. Ich schlage vor, bevor wir abstimmen, ein dreiminütiges Timeout machen und dann nochmals jede Fraktion ein Statement abgibt, ob sie den Antrag von Herrn Spiegel annehmen möchte oder ob wir es durchziehen heute. Ich habe beide Seiten gehört, die einen haben sich gut vorbereitet, andere haben gesagt, dass sie mehr Zeit gebraucht hätten. Fakt ist, dass wir die Unterlagen hatten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsident: Sie stellen einen Antrag auf ein Timeout? Okay, drei Minuten.

Timeout

Wir fahren weiter, ich hoffe, Sie konnten das Timeout nutzen und wir stimmen jetzt über den Antrag auf Verschiebung des Traktandums auf die März-Sitzung ab.

://:

Mit 31 Ja gegen 4 Nein und 3 Enthaltungen wird das Traktandum 4, Geschäft 4270, auf März verschoben

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ich will nicht alles verschieben, aber wir haben heute ein Traktandum zum Tagesheim, eine Motion. Es gab die Diskussion, ob wir ein Postulat daraus machen können. Ich möchte die GLP anfragen, ob sie bereit sind zu warten, bis die GPK den Bericht haben, und ob sie das Traktandum heute zurückziehen können.

Jérôme Mollat, GLP/BDP-Fraktion: Wir halten daran fest, wir denken, dass unsere Motion in erster Linie zukunftsgerichtet ist. Wir sehen keinen direkten Zusammenhang zur GPK, darum möchten wir daran festhalten.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Ich komme kurz zurück zur Abstimmung. Es ist verwirrend heute, aber es zeigt auch die Arbeitsmoral hier drin. Es nervt alle, wir verschieben es immer wieder. Wir sind Einwohnerräte, wir sind gewählt und machen diesen Job, Ich plädiere dafür, dass wir dies auch machen. Bezüglich des Ablaufs plädiere ich dafür, dass sich alle Fraktionspräsidenten vor den Sitzungen, wir können gerne ins Rössli gehen und ein Bier trinken, treffen und die Sachen besprechen und vorbereiten. Ansonsten ist alles immer sehr zähflüssig. Wir müssen alle mal zusammensitzen und dies anschauen, dann geht es hier drin auch etwas flüssiger.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Dieser Vorschlag ist eigentlich nicht schlecht. Man darf nicht vergessen, dass wir ein Milizparlament sind. Viele von uns sind auch berufstätig und nicht so einfach abkömmlich. Wenn wir noch zusätzliche Sitzungen einschieben, dann gibt es keine Beschleunigung, sondern nochmals Verzögerungen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich komme zurück zur Traktandenliste und hoffe, dass wir sie so genehmigen können mit dem gestrichenen Traktandum 4. Das ist der Fall, danke.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 1

Wahl eines Mitgliedes in den Schulrat Kindergarten und Primarschule, anstelle der zurückgetretenen Daniela Werren Kienzler (SP-Fraktion), für den Rest der laufenden Amtsperiode (bis 31.07.2016), Geschäft 4266

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Gibt es Wahlvorschläge?

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Alle Fraktionspräsidenten haben es erhalten, wir schlagen Barbara Grange vor und empfehlen sie zur Wahl.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Liegen weitere Nominierungen vor? Das ist nicht der Fall. Ist stille Wahl bestritten? Das ist auch nicht der Fall.

://:

Ich gratuliere Barbara Grange ganz herzlich zu ihrer Wahl.

Ich persönlich freue mich, die Zusammenarbeit mit ihr fortzuführen.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 2

Bericht des Gemeinderates vom 03.02.2016, betreffend Gemeindeentwicklung „Zukunft Allschwil“ und Beantwortung des Postulats von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion, betreffend Gemeindeentwicklungskonzept Allschwil
Geschäftsvertretung: GP Nicole Nüssli-Kaiser, Geschäft 3895F / Geschäft 4027 / A

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Auch wenn Sie soeben das Traktandum Immobilien-Strategie 2016 auf die Märzszitzung verschoben haben, so darf ich doch sagen, dass Ihnen heute eine wichtige zukunftsgerichtete Einwohnerratssitzung bevorsteht, wo es hauptsächlich um die Entwicklung unserer Gemeinde geht. Sie können mir Ihren Entscheiden dazu beitragen, dass wir uns nachhaltig und wirkungsvoll weiter entwickeln können. Zu den wichtigen Traktanden gehören nebst dem Traktandum

Gemeindeentwicklung Zukunft Allschwil auch das räumliche Entwicklungskonzept und die Motion betreffend ein modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung. Bei allen Geschäften geht es um die Zukunft unserer Gemeinde und um wichtige strategische Entscheide, die Sie fällen. Zuerst zum Geschäft Gemeindeentwicklung Zukunft Allschwil. Dieses Geschäft hat mit einem Workshop gestartet, wo der Einwohnerrat, der Gemeinderat und das Kader der Verwaltung mitgemacht haben. Der Workshop fand mit externen Moderatoren statt durch die Hochschule Luzern, insbesondere durch Herrn Krummenacher und Herrn Willimann. Am Workshop vom 25. April 2015 haben die Teilnehmenden diskutiert, was in unserer Gemeinde gut läuft und was weniger gut läuft, und wo es Handlungsbedarf gibt. Aufgrund dieser Aussagen konnten wir zwei Bereiche herauskristallisieren, wo der grösste Handlungsbedarf besteht. Das ist einerseits bei der Gemeindeorganisation und andererseits bei der längerfristigen Entwicklung unserer Gemeinde. Diese fehlt bislang. Die Hochschule Luzern hat dies unter der Projektleitung von Herrn Krummenacher und Herrn Willimann analysiert und für jeden Bereich, Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung, Handlungsempfehlungen für entsprechende Verbesserungen definiert. Gleichzeitig hat die Hochschule Luzern eine Situationsanalyse für unsere Gemeinde erstellt. Die Situationsanalyse soll dem Gemeinderat als Informationsgrundlage dienen, um im Rahmen des Leitbildprozesses einerseits Ziele zu definieren und andererseits Strategieentscheide zu fällen. Beide Berichte wurden Ihnen präsentiert an der letzten Einwohnerratssitzung von Herr Krummenacher und Herrn Willimann. Die beiden Berichte wurden begleitet durch die Steuerungsgruppe und das Soundingboard. Für die heutige Einwohnerratssitzung haben Sie beide Berichte erhalten und konnten diese studieren. Heute geht es um die politische Würdigung und um das weitere Vorgehen. Zur politischen Würdigung. Im Vorfeld zum Bericht Analyse der Gemeindeorganisation wurden acht Interviews durchgeführt. Sie wurden mit verschiedenen Einwohnerräten, Gemeinderäten und Hauptabteilungsleitern durchgeführt. Aufgrund dieser Interviews und der Zusammenstellung der aktuellen Ist-Situation hat die Hochschule Luzern gesondert je Bereich, Einwohnerrat, Gemeinderat und Verwaltung, Handlungsempfehlungen definiert. Zu den Handlungsempfehlungen des Einwohnerrates möchte ich nicht näher eingehen. Sie konnten im Bericht lesen, dass sie nicht auf der organisatorischen Ebene liegen und deshalb vom Einwohnerrat selber erarbeitet werden sollen. Ich weiss, dass bereits eine Sitzung stattgefunden hat, wo verschiedene Punkte definiert wurden, eine weitere Sitzung soll demnächst stattfinden.

Zu den Handlungsempfehlungen des Gemeinderates und der Verwaltung. Probleme in beiden Bereichen liegen laut Bericht hauptsächlich in der fehlenden klaren Trennung von Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortung. Der andere problematische Bereich ist die Doppelunterstellung der Hauptabteilungsleiter. Unsere Hauptabteilungsleiter haben zwei Vorgesetzte, einerseits der Departementsvorsteher und andererseits der Gemeindeverwalter. Es ist klar, dass dies zu gewissen Problemen führt, zu einem Gärtli-Denken, und dass dies verhindert, dass der Gemeinderat als Kollegialbehörde auftreten kann. Zudem führt es dazu, dass die Verwaltung nicht wirklich führbar ist. Deshalb gilt es gemäss Bericht der Hochschule Luzern die bestehende Gemeindeorganisation zu hinterfragen und eine neue zu prüfen mit einem neuen Organigramm. Man kann auch sagen, dass die Gemeindeorganisation in Allschwil zu modernisieren ist. Dabei gilt es, die Aufgaben, Kompetenzen und Verantwortungen des Gemeindeverwalters zu klären. Das ist ein Anliegen, das für den Gemeinderat nicht neu ist, sondern das ist ein altes Anliegen. Seit ich im Gemeinderat bin, ist dies nicht zum ersten Mal ein Thema. Der Gemeinderat ist bereit diese Aufgaben anzugehen. Es ist vorgesehen, dass wir einen weiteren Workshop machen mit dem Gemeinderat und mit der Verwaltung zusammen, und dass wir dort eine Umsetzungsplanung erarbeiten.

Aus dem Bericht Situationsanalyse ist erkennbar, dass bezüglich der längerfristigen Entwicklung der Gemeinde Handlungsbedarf besteht. Das hat sich aufgrund der Interviews ergeben und das geht aus dem Bericht klar hervor. Das ist auch ein Anliegen, das man auch aus dem Postulat von Andi Bammatter entnehmen kann. Es fehlt bis heute insbesondere eine übergeordnete und längerfristige Entwicklungsplanung, welche die bestehenden Strategien widerspruchsfrei vereint. Der Gemeinderat ist bereit, einen Leitbildprozess zu initiieren. Diesen Prozess kann er nicht alleine machen, es ist sicher richtig, dass wir hier die Unterstützung der Hochschule Luzern entgegennehmen in Form der beiden Herren Krummenacher und Willimann. Es ist klar, dass dies etwas kostet und darum haben wir eine Offerte eingeholt. Das Ganze kostet uns rund CHF 40'000. Der Gemeinderat hat die Wichtigkeit erkannt und bittet darum das Geld zu sprechen. Der Gemeinderat möchte bezüglich der Kundenausrichtung der Gemeindeverwaltung eine Einwohner-Zufriedenheitsanalyse machen lassen durch die Hochschule St. Gallen. Es ist ein richtiger Zeitpunkt, dies zu machen. Bei diesem Workshop kam mehrmals eine Thematik auf, dass man mit der Arbeit der Gemeindeverwaltung nicht ganz zufrieden ist. Es wäre wichtig, dass wir hier auch eine Aussensicht holen und damit eine weitere Optik haben. Wir finden das wichtig für den ganzen Prozess und das ganze Projekt, vor allem auch für den Leitbild-Prozess. Es ist dem Gemeinderat wichtig, dass er nebst der Sicht des Einwohnerrates auch noch die Sicht der Aussenwelt hat.

Zum Postulat von Andreas Bammatter. Der Gemeinderat ist der Meinung, wenn wir den Leitbild-Prozess so initiieren, dass wir damit das Postulat abschreiben können, immer unter der Voraussetzung, dass

unsere Anträge gutgeheissen werden. Bevor ich abschliesse, möchte ich den Dank an alle aussprechen, die bisher an diesem Projekt mitgearbeitet haben, insbesondere an Herrn Krummenacher und Herrn Willimann. Ich bitte Sie darum, unseren Anträgen auf Seite 8 zu folgen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich gehe davon aus, dass wir noch eine abschnittsweise Detailberatung machen. Dort haben wir noch einige Punkte. Grundsätzlich wissen wir, dass wir einen langen Weg hatten bis zu diesem Bericht, dieser hat sich gelohnt. Wir sind sicher, dass Allschwil die Zukunft aktiv gestalten muss und will. Bei der Analyse der Gemeindeorganisation, wo es um Gemeinderat, Einwohnerrat und Verwaltung geht, soll auf Stufe Gemeinderat dies gut überlegt sein, wie dieser sich organisiert. Ich denke, es ist auf einem guten Weg, dass wir das Gärtli-Denken in Frage stellen. Eine Grössenordnung, mit der die Bevölkerung umgehen kann, ist die Einwohnerzahl. Wie viele Einwohner soll Allschwil haben? Diese Diskussion wollen wir unbedingt hier im Einwohnerrat führen. Ich möchte heute keine Zahlen nennen, das wäre zu früh, aber wir sind überzeugt, dass es eine Richtgrösse wäre, wenn man diese definieren könnte. Die Bevölkerung wird bereit sein, an diesen Workshops mitzumachen. Ich möchte nicht weiter ausführen, wir werden in der Detailberatung weitere Bemerkungen machen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Die EVP/Grüne-Fraktion ist grundsätzlich für das Leitbild und den Prozess, wenn auch ein bisschen verhalten, dieses bezieht sich aufs Geld. Ich rechne mit Spielgruppe Plus und die Kosten für das Leitbild ergeben zwei bis drei Spielgruppen, die wir uns dann nicht mehr leisten können. Das Positive am Vorschlag ist, dass die verschiedenen Prozesse, die gelaufen sind und neu aufgegleist werden, unter einen Hut gebracht werden. Wir haben verschiedene Projekte oder Konzepte und sonstige Sachen, die wir entwickeln möchten. Mit diesem Leitbild kommt alles unter einen Hut, das begrüssen wir sehr. Ich wurde durch das, was bis jetzt gesagt wurde, ein bisschen auf dem falschen Fuss erwischt. Ich bin der Meinung, dass es bei der Gemeinde-Leitbildentwicklung nicht um die Verwaltungs- und die politische Organisation geht. Mir geht es vor allem um die Gemeindeentwicklung, wo steht die Gemeinde und wo soll sie hin. Die Bevölkerungszahl ist dabei eine Frage. Dieser Aspekt wird bis jetzt noch zu wenig betont, wenn man von einer Leitbild- und einer Gemeindeentwicklung spricht. Es geht nicht um die Verwaltungsorganisation und die politische Zusammenarbeit. Das ist auch interessant, aber das andere ist sehr viel bedeutsamer.

Bei der bisherigen Diskussion, wie ich das im Bericht gesehen habe, möchte ich auf drei inhaltliche Sachen aufmerksam machen, die mir sehr wichtig sind. In Allschwil müssen wir zu einer Entwicklung kommen, die die ganze Gemeinde umfasst. Da sind wir noch nirgends. Zweitens sollen bei der Leitbildentwicklung Kooperationen ins Auge gefasst werden, also mit Basel-Stadt, mit den Baselbieter Gemeinden und den angrenzenden Gemeinden im Sundgau. Das ist ein wichtiges Thema. Das Dritte ist mir eine Herzens- und Kopfanliegenheit, und zwar den Einbezug der Bevölkerung bei den Gemeindeentwicklungsfragen. Eine Zufriedenheitsanalyse finde ich zu wenig. Das geht zu sehr in Richtung Wunschkonzert und nicht in das, was ich mir unter Beteiligung der Bevölkerung vorstelle. Beteiligung der Bevölkerung hat für mich zwei ganz wichtige Aspekte. Man redet heute von kommunaler Intelligenz bei der Bevölkerung, Jung und Alt, einheimische und zugewanderte, Arme und Reiche. Da ist viel Wissen vorhanden, das man abholen muss. Das ist Wissen über Bedürfnisse und Wissen über Möglichkeiten, wie sich die Gemeinde entwickelt. Ganz entscheidend ist, dass die Identifikation der gesamten Bevölkerung der Gemeinde Allschwil gefördert werden kann. Ich habe einen Entwicklungsprozess in der Stadt Basel erlebt, das war vor 20 bis 25 Jahren. Das gab einen guten Boden für alle Prozesse, die nachher konkretisiert wurden. Diesen Boden hat die Stadt Basel etwas verloren, darum wird vieles wieder in Frage gestellt. Wenn wir bei dieser Leitbildentwicklung die Bevölkerung beteiligen, dann haben wir eine bessere Identifikation mit der Gemeinde.

Etienne Winter, SP-Fraktion: Die SP-Fraktion bedankt sich auch für die ganz tolle Arbeit, die geleistet wurde von Seiten Gemeinderat, Verwaltung und den beiden externen Beratern, Ivo Willimann und Jürg Krummenacher. Es freut uns, dass das von uns schon lange geforderte Gemeindeentwicklungskonzept endlich nicht mehr vor uns hergeschoben wird, sondern in Angriff genommen wird. Allschwil, von aussen eine Stadt, im Herzen ein Dorf. Es schleckt keine Geiss weg, dass Allschwil kontinuierlich am Wachsen ist. Das sehen wir in der vorliegenden Analyse und das beweisen die statistischen Daten des Kantons. Unsere Gemeindekasse freut sich, aber auch unsere Infrastruktur wird immer mehr belastet. Irgendwann müssen wir reagieren und Geld in die Hand nehmen, das sieht man beim Schulhaus. Am Hegenheimermattweg müssen wir auch Geld in die Hand nehmen, damit etwas geht. Aus diesem Grund,

wie Jürg Vogt dies vorher gesagt hat, ist es uns ein Anliegen zu wissen, wohin es gehen soll. Wie gross wird Allschwil in Zukunft sein. Wie gross wollen wir, dass Allschwil in Zukunft ist. Diese Fragen müssen wir uns stellen und darum werden wir dem Antrag der FDP Folge leisten. Die Reformierung der Gemeindeorganisation ist für alle sinnvoll. Wir möchten auch wissen, wo die einzelnen Kompetenzen des Gemeinderates, Einwohnerrates und der Verwaltung liegen, um den ganzen Betrieb effizienter zu gestalten und die sogenannten Leerläufe zu minimieren. Veränderungen bedeuten immer eine Auflösung von Traditionen und Handlungsabläufen, welche am Anfang vielleicht ein Unbehagen an den Tag führen, aber auf längere Sicht Verbesserungen nach sich ziehen. Beide Projekte, die umfassende Gemeindeentwicklung und die Neustrukturierung der Gemeindeorganisation, können nur erfolgreich sein, wenn wir alle bereit sind diesen Weg zu gehen, miteinander zu reden, zuzuhören und gemeinsam an einem Strick ziehen, auch wenn das ab und zu sehr schwer fällt. Aus diesem Grund unterstützt die SP-Fraktion die Anträge des Gemeinderates, mit dem Projekt weiterzufahren und wir hoffen, dass alle anderen Fraktionen und Mitglieder im Rat sich dem anschliessen. Zu diesem Thema wird natürlich Andi Bammatter auch noch etwas sagen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Auch die CVP-Fraktion möchte zuerst den Dank aussprechen für die enorme Arbeit, welche hier geleistet wurde. Wir unterstützen die Anträge des Gemeinderats ebenfalls vollumfänglich. Dass es ein Gemeindeentwicklungskonzept braucht, ist unbestritten und sinnvoll. Es geht darum, dass wir die einzelnen Kompetenzen neu regeln. Um die vorher zitierten Leerläufe zu vermeiden, ist es sinnvoll, dies umfassend anzuschauen und Vorschläge zur Verbesserung zu haben.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Die SVP-Fraktion unterstützt sowohl den Nachtragskredit über CHF 40'000 sowie die CHF 15'000 für die Einwohner-Zufriedenheitsanalyse. Wir unterstützen auch den Antrag der FDP-Fraktion. Wir sind bis jetzt gut gestartet und ich stimme Ueli zu, dass wir hoffen, dass man in diesem Leitbild das Herz von Allschwil spürt und hört, das hoffentlich laut und deutlich schlägt und nicht unter Schulden Kammerflimmern hat. Die grossen Aufgaben sind drei Sachen. Politisch sind wir gut gestartet und man darf dem Einwohnerrat auch ein Kompliment machen, er ist in den Interviews sehr selbstkritisch mit sich umgegangen. Parallel zum Soundingboard sind wir das gut am Aufgleisen, was überprüft werden muss, um zusammen effizient zu werden. Die anderen grossen Punkte, die im Leitbild sichtbar werden müssen, sind die Infrastruktur von Allschwil und wohin man möchte. Mit dem räumlichen Entwicklungskonzept gehen wir in diese Richtung. Der dritte Punkt ist die Verwaltung. Wo möchte diese hin und wie kann sie auch in Zukunft flexibel und tatkräftig sein. Einen grossen Job hat der Gemeinderat in diesem Punkt, wenn er über sich als Gremium klar werden muss. Ich gestehe jedem Gemeinderat zu, dass er dies kann, seine eigenen Befindlichkeiten und sein eigenes Departement wegstecken kann und im Grossen denkt, ob es ihn und das Departement in dieser Form braucht. Dies muss neutral überdacht werden, auch wenn man selber Gemeinderat ist. Das wird für die Damen und Herren eine schwierige Aufgabe. Ich bin sehr zuversichtlich, dass sie dies mit besten Wissen und Gewissen erledigen werden. Ich bin gespannt, was wir dann dort als Antwort erhalten.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Die GLP/BDP-Fraktion stimmt diesen Anträgen grundsätzlich zu. Beim Antrag der FDP haben wir uns gefragt, ob dies nicht eher ins Thema räumliches Entwicklungskonzept gehört, das nächste Traktandum. Bezüglich Nachtragskredit über die CHF 15'000 für die Einwohner-Zufriedenheitsanalyse sind die Meinungen in unserer Fraktion geteilt, ob es dies wirklich braucht und einen Mehrwert schafft. Klar ist eine Aussensicht immer etwas Schönes, aber es fragt sich, wie relevant es ist. Die meisten Einwohner haben nicht täglich mit der Gemeindeverwaltung zu tun. Ein Teil der Fraktion wird sich hier wahrscheinlich dagegen aussprechen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Ihr könnt euch vorstellen, dass ich mich riesig freue, dass dieser Abend jetzt da ist. Es hat Zeit gebraucht, bis dieses Postulat endlich in Bewegung gekommen ist. Im 2015 war es soweit und es freut mich ausserordentlich, dass wir hier jemanden von extern gefunden haben, wie ich das vorgeschlagen habe, der uns begleitet und nicht selber in der Suppe drin ist wie wir. So können wir miteinander diese Suppe auslöffeln, das ist eine wichtige Sache. Es freut mich besonders, und ich möchte der Verwaltung einen grossen Dank aussprechen, ich habe eine kleine Zeichnung gemailt mit den verschiedenen einzelnen für mich wichtigen Faktoren, die ich im Postulat erwähnt habe. Sie wurden einzeln abgearbeitet und in den Traktanden, die wir heute Abend besprechen, ausführlich und detailliert beschrieben. Eine Gemeinde ist wie ein Mobile. Wenn wir an einem Faktor rütteln, dann bewegen sich die anderen auch. Darum ist es gut, dass wir uns hier überlegen, was passiert, wenn wir an einem Ort schrauben.

Wenn wir in den letzten vier Jahren im Wohnungsbau entwickelt haben, dann haben wir an den anderen Faktoren, Freizeit, Verkehr oder Bildung, Auswirkungen. Wenn uns das bewusst ist, und die Verwaltung und der Gemeinderat dies aufzeigen können, dann können wir unsere Entscheide so fällen, dass Allschwil als Gesamtes dargestellt wird. Ich möchte mich sehr herzlich bedanken und freue mich auf die einzelnen Besprechungen der Abschnitte. Wichtig ist für mich, und das machen wir auch gut, dass wir jemanden Externes haben, eine Steuergruppe, ein Soundingboard und auch das Volk, das einbezogen wird. Es geht um eine Zukunftsstrategie. Somit haben wir eine Basis zum gemeinsam planen. Besten Dank nochmals und ich hoffe auf eine gute Zusammenarbeit in Zukunft.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur abschnittsweisen Beratung.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage / Vorgehen im Projekt

2. Berichte

3. Leitbildentwicklung

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Zur Leitbildentwicklung möchte ich Herrn Krummenacher folgendes fragen. Im ersten Abschnitt fast in der Mitte steht der Satz: „eine übergeordnete und längerfristige Entwicklungsplanung, welche die bestehenden Strategien widerspruchsfrei vereint“, fehlt bisher. Das Wort „widerspruchsfrei“ wird weiter hinten nochmals erwähnt bei der Antwort auf das Postulat. Mich dünkt das ein sehr hoher Anspruch, dass man alles widerspruchsfrei vereint. Ich hätte gerne gehört, wie Herr Krummenacher dies meint.

Jürg Krummenacher, HSLU: Zuerst möchte ich mich herzlich bedanken für die anerkennenden Worte und die Zustimmung, die ich gehört habe sowohl zum Teilprojekt Gemeindeorganisationsentwicklung als auch Leitbildentwicklung. Vielleicht ist das Wort widerspruchsfrei tatsächlich etwas hoch gegriffen. Natürlich ist es nicht einfach eine Strategie zu erarbeiten, die völlig widerspruchsfrei ist. Ich möchte das Bild von Andreas Bammatter aufnehmen vom Mobile. Das ist eigentlich mit dem widerspruchsfrei gemeint, dass verschiedene Aspekte miteinander angeschaut werden und dass man nicht isoliert einzelne Aspekte anschaut. Es wird sicher darum gehen, Widersprüche aufzudecken und diese ausdiskutieren. Ob es dann am Schluss völlig widerspruchsfrei ist, werden wir sehen. Vielleicht müsste man eher sagen, dass es ein kohärentes Leitbild sein muss, das die verschiedenen Aspekte abdeckt.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Danke für die Antwort, ich habe gehofft, dass es so gemeint ist.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

4. Teilprojekt „Einwohnerzufriedenheitsanalyse“

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir haben uns in der Fraktion lange darüber unterhalten und uns gefragt, was wir mit diesen CHF 15'000 machen sollen. Ueli Keller hat es vorhin auch treffend formuliert, wenn ich ihn richtig verstanden habe. Es ist so die Frage, was man noch alles gerne hätte und was die Bevölkerung noch gerne hätte und nicht, was möglich ist. Es ist sicher richtig, dass man die Bevölkerung gut einbezieht. Umgekehrt haben wir uns gefragt, dass wir die Bevölkerungsververtretung sind. Brauchen wir das wirklich? Ich möchte die Begründung gerne hören, weshalb man die Einwohnerzufriedenheitsanalyse so machen möchte. Es ist hier schon umschrieben, aber vielleicht kann Herr Krummenacher trotzdem etwas dazu sagen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich habe es vorhin schon versucht zu schildern, was das Anliegen des Gemeinderates ist. Ich kann es nochmals so definieren. Ich mag mich gut an den Workshop erinnern, wo einzelne Einwohnerräte und Einwohnerrätinnen teilgenommen haben. Dort war auch der Bereich Verwaltung ein Thema. Dort kamen ein paar Kritikpunkte, wo man sich gefragt hat, ob das wirklich so ist oder ob das eine Einzelmeinung ist. Wir vom Gemeinderat meinen, dass es mit der Einwohnerzufriedenheitsanalyse möglich sein wird, noch mehr Fleisch am Knochen zu haben. Was ist

wirklich bezüglich der Kundenausrichtung der Gemeindeverwaltung Sache. So haben wir dann eine weitere Sicht der Dinge. Der Einwohnerrat ist Vertreter der Bevölkerung. Nichts desto trotz haben Sie eine andere Optik und hat eine Person, die in Allschwil wohnt, eine eigene Optik. Mit dieser Befragung haben wir nochmals ein Paket, damit wir sagen können, dass wir an einem Ort vielleicht noch nicht so gut sind und uns noch verbessern können.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wer stellt den Fragekatalog zusammen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Das ist ein standardisiertes Programm von der Hochschule St. Gallen, welche diese Umfragen macht. Sie sind befähigt, solche Umfragen zu machen, damit wir am Schluss ein Ergebnis haben, worauf wir aufbauen können.

Jürg Krummenacher, HSLU: Das ist ein Projekt, welches nicht von uns geleitet wird. Wir wurden konsultiert, ob es sinnvoll ist, dies zu machen. Auf dem Hintergrund des Workshops im April 2015 sind wir der Meinung, dass es eine sinnvolle Ergänzung zum Leitbildprozess und zur Analyse für die Weiterentwicklung der Gemeindeorganisation ist.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Das Meiste wurde beantwortet. Jürg Vogt hat gesagt, dass wir die Volksvertreter sind. Wenn ich mich an diesen Workshop erinnere, dann war das eine lausige Beteiligung der Einwohnerräte. Also macht es umso mehr Sinn, dass man das Volk befragt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Herr Krummenacher, ich möchte gerne von Ihnen wissen, wie Sie die Gewichtung machen zwischen dem Schwerpunkt Gemeindeorganisation, politische Organisation und Gemeindeentwicklung im eigentlich Sinn mit einem Leitbild. Wo steht die Gemeinde und wo soll sie hin. Was für ein Verhältnis im Aufwand sehen Sie?

Jürg Krummenacher, HSLU: Wir haben das letzte Mal die Ergebnisse der Gemeindeorganisationsanalyse präsentiert. Wir haben dort Empfehlungen formuliert. Dieser Prozess ist für uns auf dieser Ebene weitgehend abgeschlossen. Es geht jetzt darum, dass der Gemeinderat in zwei geplanten Workshops diskutieren wird, wie man die Empfehlungen umsetzen möchte, in welchem Zeithorizont, welche Empfehlungen und wie die Gemeindeorganisation in Zukunft aussehen soll. Das ist nicht Gegenstand des Antrags in Bezug auf die Leitbildentwicklung. Die Leitbildentwicklung ist das, was jetzt im Vordergrund steht. Das ist der Budgetkredit, den Sie sprechen, von CHF 40'000. Das ist das, was jetzt konkret ansteht. Gemeindeorganisationsanalyse ist abgeschlossen, dort geht es um die Umsetzung.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Heute haben wir eine Sprechstunde beim Gemeindepräsidium. Das geht auch in die Richtung der Gemeindefriedenheit. Man kann dort seine Sorgen vor oder hinter der Bühne ablegen. Früher, ich kann mich erinnern, hat der Gemeinderat ab und zu in den Quartieren zu einem runden Tisch eingeladen „wo drückt der Schuh“. Die Leute konnten da hinkommen, es waren ein paar Vertreter des Gemeinderates da. Man konnte einfach kommen und sagen, welches Anliegen man hatte. Es sind ja nicht alle stimmberechtigt. Soviel zum Einbezug der Einwohner. Zum Fragenkatalog habe ich nur eine grosse Bitte. Die Umfrage darf auf keinen Fall anonym sein bei den Absendern.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe gelesen, dass es maximal 70 Fragen gibt. Ich habe die Erfahrung, dass steht, man solle sich drei Minuten Zeit nehmen, um die 150 Fragen zu beantworten. Ich möchte beliebt machen, dass es kurz und übersichtlich ist, damit die Leute es ausfüllen. Ich gebe Roland Naef Recht, es waren wirklich wenige Einwohnerräte, die da waren, nämlich genau 50%. Mit diesem Rücklauf rechnet man auch bei den Fragebögen, also spiegelt der Einwohnerrat doch ein bisschen das Volk. Wenn man dann die 1000 Fragebögen per Mail oder auf dem Postweg verschickt, dann sind hoffentlich die Gemeindeangestellten und die Einwohnerräte davon ausgenommen. Ich möchte auch beliebt machen, wenn wir schon so viel Geld ausgeben für die Zufriedenheitsanalyse, dass die Gemeindeverwaltung einführt, dass man nach einer bezogenen Dienstleistung auf der Gemeinde, angeschrieben wird, um seine Meinung über das Produkt, das man gerade abgeholt hat, kundtun kann. So haben wir auf Jahre hinaus einen Referenzwert, den man vergleichen kann. Wenn wir damit anfangen, dann sollten wir daran anknüpfen und weiterfahren.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

5. Postulat Nr. 4027 von Andreas Bammatter, SP/EVP-Fraktion betreffend
Gemeindeentwicklungskonzept

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Zum Postulat möchte ich im hintersten Teil noch eine Anmerkung machen zur Antwort. Dort steht der Satz: Mit dem Projekt Zukunft Allschwil und dessen Teilprojekten kann das vom Postulanten geforderte Entwicklungskonzept umfassend erarbeitet werden. Es liegt nun in der Kompetenz des Einwohnerrates, "aber auch in der aktiven Mitarbeit des Einwohnerrate". Das möchte ich nochmals betonen.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Wir von der FDP haben Anträge gestellt zu Punkt 4, ein Zusatzantrag Punkt 4.1. Wie ich beim Eintreten bereits erwähnt habe, geht es uns darum, dass die Höhe der Bevölkerungszahl diskutiert werden soll. Die soll aus dem Leitbild heraus entwickelt werden, das ist uns klar. Wir wollen heute nicht über eine Zahl diskutieren, aber uns ist es wichtig, dass man darüber diskutiert. Den Zeitpunkt haben wir probiert einzugrenzen mit dem 3. Quartal 2016. Es kommt natürlich darauf an, wie sich die Arbeit gestaltet und wie schnell man vorankommt. Wir möchten nichts erzwingen, aber wir haben den Antrag allen Fraktionen zugestellt. Wir haben eine grosse Unterstützung zugesichert erhalten, ich möchte nicht mehr ausführen.

Ich habe noch einen Punkt zum Antrag 4.2. Das Leitbild wird nach Abschluss der Arbeiten dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorgelegt. Da möchte ich erwähnen, dass wir bei dieser Version, die wir per Mail verschickt haben, „zur Genehmigung vorgelegt wird“ geschrieben haben. Wir wurden eines Besseren belehrt, dass es wichtig ist, dass man es zur Kenntnis nimmt. Es ist eine umfassende Arbeit und man kann das nicht genehmigen und meinen, dass jedes Detail umgesetzt werden kann. Es ist sicher richtig, wenn man dies zur Kenntnis nimmt. Wir haben von den Gemeinderäten gehört, dass es im Sinn des Gemeinderates ist. Uns ist es wichtig, dass es in einem Antrag formuliert ist, damit alle wissen, dass es in den Einwohnerrat kommen muss. Ich bedanke mich für die Unterstützung.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ihre Anträge, Herr Vogt, haben nichts mit Punkt 4 zu tun. Ich habe das jetzt mit Herrn Spinnler angeschaut. Wir schlagen Ihnen vor, dass man dies als Punkt 6 und Punkt 7 machen, damit es kein Durcheinander gibt. Ist das für Sie okay?

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Das ist absolut okay.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Wir haben nachher das räumliche Entwicklungskonzept und wir hätten noch die Immobilien-Strategie, die wir verschoben haben. Wenn wir beides anschauen, dann ist relativ schnell klar, wie gross die Gemeinde Allschwil werden kann. Beim räumlichen Entwicklungskonzept haben wir Baulandreserven und Baulandparzellen. Damit kann man relativ einfach aufgrund der Zahlen hochrechnen, was die maximale Möglichkeit an Einwohner ist, die noch nach Allschwil kommen können. Ich meine nicht, dass man dies jetzt hier reinnehmen muss. Wenn es drin ist, schadet es nichts, aber eigentlich ist es relativ einfach zu rechnen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich kann es kurz machen. Der Gemeinderat ist bereit beide Anträge entgegenzunehmen. Vor allem was die Thematik Kenntnisnahme des Leitbildes angeht, war es für uns klar, dass es nochmals vor den Einwohnerrat kommt und dass dieses vom Einwohnerrat zur Kenntnis genommen werden soll. Das ist ein ganz wichtiges Handlungsinstrument für den Gemeinderat und soll auch eines für den Einwohnerrat sein. So gesehen, war es klar, aber wenn man es noch so festhalten möchte, dann werden wir uns da nicht widersetzen. Bezüglich der zukünftigen Einwohnerzahl ist es klar, dass wir dies im Laufe des Leitbildprozesses definieren müssen. Wir meinen, dass man es als zusätzlichen Antrag aufnehmen kann. Sie dürfen uns nicht ganz böse sein, wenn es zeitlich nicht in diesem Rahmen ist. Ich kenne den zeitlichen Ablauf noch nicht.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich möchte im Namen der Fraktion Roland Naef antworten. Uns ging es nicht darum, dass man es selber hochrechnet oder nicht, sondern es ging uns um die Frage, was man möchte.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen. Ich möchte kurz mitteilen, dass die Kreditanträge bei Ziffer 3 und 4 nicht referendumsfähig sind.

Gestützt auf diese Ausführungen beantragt ihnen der Gemeinderat.

1. Die Berichte „Analyse der Gemeindeorganisation“ und „Situationsanalyse“ vom 01. Dezember 2015 werden zur Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich oder einstimmig zugestimmt.

2. Die Handlungsempfehlungen des Berichts „Analyse der Gemeindeorganisation“ vom 01. Dezember 2015 werden zur Kenntnis genommen.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

3. Dem Nachtragskredit zum Budget 2'16 von CHF 40'000 (Kostendach inkl. MWST) für die Projektleitung und Begleitung des Leitbildentwicklungsprozesses durch die Hochschule Luzern wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

4. Dem Nachtragskredit zum Budget 2016 von CHF 15'000 (Kostendach inkl. MWST) für die Durchführung einer „Einwohnerzufriedenheitsanalyse“ wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

5. Das Postulat Nr 4027 wird als erledigt abgeschrieben.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zu den neuen Anträgen, das wäre Antrag 6.

6. Im Rahmen der Ausarbeitung des Gemeindeleitbildes soll bis zum 3. Quartal 2016 eine Aussage über die mögliche Entwicklung der Allschwiler Bevölkerung gemacht werden, welche dem Leitbild zugrunde gelegt wird, und im Einwohnerrat zur Diskussion und zur Verabschiedung im 3. Quartal 2016 vorzulegen ist.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

7. Das Leitbild wird nach Abschluss der Arbeiten dem Einwohnerrat zur Kenntnisnahme vorgelegt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

://:

Das Geschäft als Ganzes ist einstimmig erledigt.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Ich möchte Ihnen im Namen des gesamten Gemeinderates sehr herzlich danke sagen. Wir danken Ihnen für Ihre fundierte Auseinandersetzung mit dem Bericht und

für Ihre fundierte Auseinandersetzung mit dem ganzen Thema. Das hat mich persönlich sehr gefreut. Ich möchte mich auch bedanken, dass wir diesen Leitbildprozess jetzt in Angriff nehmen können, darauf freue ich mich, natürlich auch mit Unterstützung von Herrn Kruppenacher.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich möchte mich auch bei Herrn Kruppenacher bedanken und schlage vor, dass wir jetzt Pause machen.

PAUSE

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich habe eine Frage bezüglich der Wahlen am Wochenende. In der Vergangenheit zwischen der Allschwiler Fasnacht und heute haben zwei Saubanner-Umzüge stattgefunden. Wir haben das leider auch mal erlebt, dass jemand in einem Wahllokal an einer Aussenstelle reingerannt ist und Urnen rausgenommen hat. Dieses Mal sind es sehr brisante Abstimmungen und Wahlen. Ist man sich dessen bewusst und was nimmt man sich angesichts dessen, was in der nahen Vergangenheit passiert ist, vor, oder lässt man dies einfach so laufen?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Wir haben keine Fragestunde, aber es ist ein wichtiges Thema, darum sage ich etwas dazu. Ich weiss, dass die Kantonspolizei das Wahlwochenende ganz genau beobachtet und insbesondere die Gemeinde Allschwil genau beobachten wird, insbesondere wegen den Vorkommnissen, die es hier gab. Mehr kann ich nicht dazu sagen.

Jacqueline Misslin, GLP/BDP-Fraktion: Ich war heute Morgen auf der Gemeinde, wir haben das Wahlwochenende besprochen mit Herrn Meier und Frau Borer. Die Couverts, die am Sonntag geöffnet werden, werden eingeschlossen und zwar so, dass sie nicht gesehen werden.

01.030

Einwohnerrat

Traktandum 3

Bericht des Gemeinderates vom 27.01.2016, betreffend

Räumliches Entwicklungskonzept

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4271

Christoph Morat, Gemeinderat: Die dienstälteren Damen und Herren unter Ihnen erinnern sich vielleicht ans letzte räumliche Konzept, das war im Jahre 2004 und 2005, wo wir ein ähnliches zweistufiges Verfahren gewählt haben für die Zonenrevision Siedlung und den Zonenplan Siedlung. Dasselbe soll jetzt leicht verfrüht wieder stattfinden. Jetzt ist der richtige Zeitpunkt dafür, um das räumliche Entwicklungskonzept aufzugleisen. Sie haben in den Unterlagen den entsprechenden Terminplan, dazu komme ich später. Diese Bilder hier sind alle Allschwil. Wie Sie unschwer erkennen können, sind das zum Teil uralte Substanzen, historische Substanzen aus mehreren hundert Jahren. Das sind auch moderne Siedlungen, wo relativ viele Leute wohnen. Man redet von einer sogenannten Verdichtung nach innen, das heisst, man baut in die Höhe. Das sind Ausschnitte aus Ihren Unterlagen. Der erste Abschnitt, die dynamische Entwicklung. Sie merken das alle auch, Allschwil macht eine dynamische Entwicklung mit im Augenblick. Wir haben in den letzten paar Jahren rund 2500 neue Mitbürgerinnen und Mitbürger begrüsst. Wir sind gewachsen und werden weiterhin wachsen. Diese Folie kommt vom Kanton, die haben wir nicht selber erfunden. Nach dem kantonalen Richtplan sind das für Allschwil rund 3300 weitere Einwohnerinnen und Einwohner, die der Kanton für uns erwartet bis ins Jahr 2035. Das heisst, es sind ungefähr 1700 bis 1900 Wohnungen, die noch gebaut werden sollten. Jetzt fragt man sich, wo dies alles stattfinden soll. Dabei soll uns das räumliche Antworten geben.

Es kommen noch die veränderten Planungsbedingungen zum Tragen. Aus dem Raumplanungsgesetz heraus sind im Kanton und somit auch allen Gemeinden Auflagen erstellt worden, welche behördenverbindlich sind, Richtplan Kanton Baselland, der bis Ende 2015 aufgelegt wurde. Der kantonale Richtplan legt fest, wo Allschwil eingeteilt ist. Allschwil gehört zusammen mit den

Nachbargemeinden im Leimental zu dem sogenannten Korridor Leimental, welcher aufgefordert ist, eine gemeinsame Raumplanung, sei das über Wohnungen, Verkehr oder Freiflächen, zu planen. Wir sind im Korridor Leimental eingeordnet, das ist ein innerer Korridor, der rund um die Stadt Basel geht, vielleicht besser bekannt unter dem Namen Speckgürtel. Das ist der kantonale Richtplan von Allschwil und der Richtplan sagt ungefähr, wo Entwicklungen auf unserem Gebiet stattfinden sollen. Sie erkennen an der Landesgrenze das sogenannte linksufrige Bachgrabengebiet, dort soll weiterhin Gewerbe entwickelt werden. Die rot schraffierten Flächen sind Flächen, wo Wohnen mit einer inneren Verdichtung intensiviert werden soll, vor allem das Gebiet zwischen der Baslerstrasse und dem Bachgraben, vom Grabenring bis zur Kantonsgrenze in Richtung Basel. Dieses Gebiet wird vom Kanton als stark verdichtbar eingestuft. Ebenso der Korridor an der Binningerstrasse und im Langen Loh entlang Stadtgrenze. Auch dort sollen Entwicklungen stattfinden nach dem kantonalen Richtplan. Dem möchte der Gemeinderat mit einem sogenannten räumlichen Entwicklungskonzept begegnen. Es soll uns Antworten liefern zum Verkehr, zur Siedlung, wo findet was statt, wo müssen wir welche Massnahmen planen.

Das Freiraumkonzept haben wir bereits entwickelt, das haben Sie hier genehmigt vor knapp zwei Jahren. Die Einbindung des räumlichen Entwicklungskonzepts ist wie immer unter das Leitbild gesetzt. Es bedient in einer Wechselwirkung das Leitbild und umgekehrt. Ich habe grosse Freude, dass Sie heute Abend dem Leitbild so klar und deutlich zugestimmt haben und somit den ersten Nagel eingeschlagen haben für das räumliche Entwicklungskonzept. Beide Sachen sind unabdingbar miteinander verbunden.

Sie finden den Termin in Ihren Unterlagen auf den hinteren Seiten. Es gibt noch eine Verbindung zum regionalen Raumkonzept Leimental. Sie erinnern sich, dass wir an der Budgetdebatte im Dezember kurz darüber berichtet haben. Wir uns dort mit einem einmaligen Betrag in die Agglomerationsplanung mit unseren Kollegen und Kolleginnen im Leimental eingekauft. Das hat eine Wechselwirkung, das haben wir hier mit den grauen Pfeilen versucht darzustellen. Ich zeige noch ein paar Folien, was bis jetzt stattgefunden hat. Das sind Analysen, die wir mit eigenen Mitteln bereits vorgenommen haben. Sie sehen auf dieser Karte die Neubauten, die in den letzten zehn Jahren in Allschwil realisiert wurden. Rot ist, was Wohnen angeht, und blau ist, was Gebäude angeht, die dem Gewerbe dienen. Auf dieser Folie sehen Sie ein helleres Magenta und ein dunkleres. Die hellen Flächen sind die Gebiete, wo in Allschwil unmittelbar oder in nächster Zukunft etwas stattfindet, wovon wir Kenntnis haben. Die ein bisschen helleren Fläche hat noch Potential. In der Mitte des Gebiets, das ist die Reservefläche Wegmatten, und auf der rechten Seite des Bildes sehen Sie die beiden grossen Vierecke, das sind die Ländereien, die Immobilien Basel gehören. Dort sind Schrebergärten drauf, Parkallee und beim Langen Loh. Hier sehen Sie Flächenreserven des Gewerbes. Unschwer zu erkennen ist BaseLink, eines der vielen Stücke, wo eine grosse Entwicklung stattfindet. Man redet von einem Potential von bis zu 6000 Arbeitsplätzen, die dort entstehen sollen. Wir müssen uns fragen, was mit den 6000 Leuten passiert. Wie kommen sie nach Allschwil und wie viel von denen wohnen in Allschwil? Das alleine ergibt schon einen grossen Diskussionsbedarf. Wir haben uns mit den Fraktionen über diese Fragen unterhalten. Ich finde es eine der spannendsten Fragen, wie diese Leute täglich in das Gebiet kommen, um zu arbeiten, und wie gehen sie abends wieder nach Hause.

Auf dieser Folie sieht man noch ganz am Rand zuoberst ein hellblaues Gebiet. Das ist auch nochmals die etwa gleich grosse Fläche wie BaseLink und ist noch zu entwickeln. Dort ist im Moment gar nichts geplant, das kann sich aber relativ schnell ändern, wenn Investoren sehen, was alles möglich ist. Wir haben Potential, um dies weiter zu entwickeln. Auf dieser Fläche sieht man ein bisschen, wo die Leute heute wohnen und wo sie arbeiten. Es wurde ein Filter aufgesetzt, der Einwohner und Beschäftigtendichte pro Quadratmeter aufzeigt. Die nächste Folie sind Gebäude aus verschiedenen Bebauungsperioden. Mit dieser Folie kann man sehen, wie alt die Bebauungen in Allschwil sind und wo bereits Sanierungsbedarf ansteht. Nicht von ungefähr ist hier das Entwicklungsgebiet, welches der Kanton in seinem Richtplan als sehr entwicklungsfähig hält, das Gebiet zwischen Baslerstrasse und Grabenring. Die Herausforderungen der Gemeindeentwicklung ist das Gewerbegebiet Bachgraben, seit 2010 als Arbeitsplatzgebiet von kantonaler Bedeutung ausgewiesen. Mit den Flächen, die dort zur Verfügung stehen, haben wir Kapazitäten für Arbeitsplätze, der Kanton redet von 6000 Arbeitsplätzen. In den letzten zehn Jahren hat eine enorme Neubautätigkeit stattgefunden. Es sind ganze Quartiere, wie zum Beispiel bei der Ziegelei, entstanden, welche eine gute Anbindung ans Dorf oder an die Gemeinde haben. Es geht darum, solche Projekte besser anzubinden und besser zu planen. Wir müssen uns überlegen, wie wir mit dem wenigen Platz umgehen möchten. Das möchten wir mit dem räumlichen Entwicklungskonzept. Man muss auch etwas zum Verkehr sagen in diesem Konzept. Der Verkehr wird auch zunehmen, wenn wir so viel Beschäftigte haben. Auch dort haben wir ein Teilprojekt, welches in der Vorlage ausgewiesen ist. Dies sollte man jetzt unbedingt an die Hand nehmen, damit wir dann parat sind. Das waren meine Ausführungen, ich stehe für Fragen gerne zur Verfügung. Ich bitte Sie, den Anträgen auf Seite 12 der Vorlage zuzustimmen.

Pascale Uccella-Klausner, Präsidentin: Ist das Eintreten bestritten? Das ist nicht der Fall. Wir kommen zur Detailberatung.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Meine erste Frage richtet sich an die Einwohnerratspräsidentin. Ist es richtig, dass wir nachher noch eine abschnittsweise Beratung haben? Sie nickt. Meine zweite Frage richtet sich an die Gemeindepräsidentin, weil sie in der Steuerungsgruppe und beim Leitbild den Lead hat. Mich interessiert, ob wir bezüglich Zeitplan, dass wir das jetzt einführen, in der richtigen Reihenfolge sind? Soll das parallel laufen oder haben wir nachher das Problem, dass das eine dem anderen etwas vorgibt, was nicht sein soll?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist tatsächlich ein gewisses Zusammenspiel, der Leitbildprozess, den wir im 2017 abschliessen möchten, und daneben das räumliche Entwicklungskonzept. Es gibt Inputs, welche an beiden Orten berücksichtigt werden müssen. Es soll ein Zusammenspiel geben, aber am Schluss muss das Ergebnis klar sein. Das Leitbild ist oben dran und unten dran ist das räumliche Entwicklungskonzept. Das ist das Ziel. Wir können das eine nicht ohne das andere machen und umgekehrt, das ist eine Tatsache. Wir versuchen es bestmöglichst auseinanderzuhalten.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion möchten uns zuerst bei der Verwaltung und beim Gemeinderat bedanken für die Vorbereitung dieses Geschäfts und für die Möglichkeit, Informationen zu holen. Für uns ist es ein wichtiges Grundlagengesetz. Die Grundlagen sind gegeben vom Kanton mit der Zonenrevision. Für uns ist es wichtig, dass das Entwicklungskonzept umfassend durchgeführt wird, dass alle Bereiche umfassend betrachtet werden und dass vor allem das Gewerbe, KMU, in Allschwil nach wie vor einen adäquaten Platz und genügend Fläche haben, um hier zu bleiben und sich weiter zu entwickeln. Bei der Ausarbeitung des Konzepts muss darauf aus unserer Sicht der Fokus gelegt werden, was dieser Entscheid für eine Auswirkung auf die Entwicklung und die Belastung der Gemeindefinanzen hat. Wichtig erscheint uns auch der Einbezug der Echogruppe. Wir stellen uns die Frage, ob bei einer Bearbeitungsdauer von fast zwei Jahren, drei dieser Echogruppe ausreichen und zielführend sind. Für uns ist es klar, dass das räumliche Entwicklungskonzept unter dem Leitbild steht, das ist aus diesen Unterlagen ersichtlich. Wir möchten in die gleiche Richtung wie Florian Spiegel gehen. Wir stellen einen Antrag, dass man mit dem räumlichen Entwicklungskonzept erst anfängt, wenn im Einwohnerrat die Grundsatzdiskussion über die Bevölkerungsgrösse in der Gemeinde Allschwil geführt wurde.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Das räumliche Entwicklungskonzept ist bekanntlich die Voraussetzung für die nächste Zonenplanrevision. Es ist ein notwendiger Schritt, dass wir dies vorher machen. Es ist klar, dass die Zonenplanrevision kommen muss, ein bisschen früher als normalerweise, weil die Entwicklung in Allschwil so rasant ist. Die GLP/BDP-Fraktion wird dem zustimmen. In der Sache selber möchte ich inhaltlich etwas bemerken. Wir müssen an dieser Stelle zur Kenntnis nehmen, dass der Kanton mit einem erheblichen Bevölkerungswachstum in Allschwil plant. Die Planung hat gewisse Verbindlichkeit, weil sie im Richtplan so sein wird. Der Richtplan ist noch Gegenstand einer Revision, aber das wird mit grosser Wahrscheinlichkeit so kommen. Wir müssen auch zur Kenntnis nehmen, dass das geplante Bevölkerungswachstum im Kanton ausschliesslich innerhalb des bestehenden Baugebietes stattfinden soll. Wir haben einerseits das Gebiet Bachgraben, wo wir bis zu 6000 neue Arbeitsplätze erhalten sollen, und andererseits die Verdichtung mit zusätzlichen Wohneinheiten für circa 3300 Einwohner. Uns ist es ein wichtiges Anliegen, es wurde auch schon von Gemeinderat Morat angesprochen, dass beide Entwicklungen koordiniert werden, nämlich dass man versucht den Wohnraum gezielt für die Leute zu schaffen, die auch im Bachgraben arbeiten werden. Das Ziel ist, dass wir nicht übermässig viel Pendlerverkehr generieren und dass die hochqualifizierten Leute, die in diesem Innovationspark im Bachgraben arbeiten, in Allschwil arbeiten und Steuererträge bringen. Das wäre im Sinne der Gemeindefinanzen. Aus diesem Grund meinen wir, dass man noch etwas über die reine Raumplanungsfrage hinausgehen muss. Wir haben heute Abend eine Motion, Konzept Wohnen am Arbeitsort eingereicht. Das ist keine reine Raumplanungsaufgabe, sondern tangiert auch andere Fragen bezüglich Standortattraktivität. Es braucht ein separates übergreifendes Konzept, welches auch ein Teilkonzept innerhalb der Leitbildentwicklung sein könnte. Es betrifft die räumliche Entwicklung, darum möchte ich an dieser Stelle darauf hinweisen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auch wir von der SP freuen uns, dass hier das, was wir vorhin beim Traktandum besprochen haben, umgesetzt wird. Wenn man den Titel liest, dann sieht man, dass das, was ich unter Mobile verstehe, hier eingebaut und mit einer ganzheitlichen Betrachtungsweise

angeschaut wird. Es steht: Zusammenspiel politisches Entwicklungsleitbild und räumliches Entwicklungskonzept. Schon alleine das Wort Zusammenspiel freut mich besonders heute Abend, das ist ein Teil der Zukunft. Wenn man die Titel anschaut: Arbeitsplatzentwicklung, Wohnraumentwicklung, Verkehrsentwicklung, Entwicklungen im Bereich Bildung und Soziales, Durchmischung der Einwohnerschaft, dann höre ich viele Sachen heraus, die wir vorher drin hatten. Wenn dann noch die Freiraumgestaltung kommt, wo es bereits ein Konzept gibt, dann sehe ich, dass das Zusammenspiel der Menschen, die hier wohnen, arbeiten und ihre Freizeit haben, in einem gesamtheitlichen Kontext angeschaut wird. Es geht auch darum, dass wir dies auch jeweils bei den einzelnen Projekten durchziehen und nicht nur einseitig auf einzelne Faktoren beschränken. Wenn man nur Wohnungen baut, damit Leute kommen, die Steuern bezahlen, dann müssen wir überlegen, ob die nicht nur Steuern brauchen, weil wir die Infrastruktur ergänzen müssen. Wenn 6000 Arbeitsplätze hier sind und wir haben dann so viel Verkehr, weil sie nicht hier wohnen, dann müssen wir uns überlegen, ob wir das wollen und ob die über den Bachgraben laufen oder wegfahren sollen. Es ist wichtig hier achtsam umzugehen, Richtplan hin oder her. Wir bleiben einmal mehr bei der Bevölkerungszahl von Allschwil stehen, welche wir in nächster Zeit anschauen müssen. Wir bedanken uns für die ausführliche Arbeit und sind zuversichtlich, dass es gut kommt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich singe die nächste Strophe im Freudenkonzert. Es ist ein hervorragendes Papier, das wir hier als Grundlage haben. Es ist knapp und qualifiziert. Die wichtigen Themen sind drin und stehen in Zusammenhang, sowohl inhaltlich als auch geografisch. Geografisch finde ich besonders wichtig, weil die Zeiten, wo eine Gemeinde für sich sich entwickelt und schaut, wie sie das mit Verkehr, Wohnen und Arbeit macht, ist vorbei. Das funktioniert nur noch gemeindeübergreifend. In diesem Zusammenhang habe ich eine kurze Frage. Es wird nirgends das Hochhaus-Konzept des Kantons Baselland erwähnt. Gibt es da auch bereits eine Koordination? Dem Vorschlag der FDP-Fraktion, könnte ich mir vorstellen, könnte man sich anschliessen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Ich kann zu ein paar Fragen Stellung nehmen. Selbstverständlich ist das Hochhaus-Konzept ein Teil, den wir berücksichtigt haben in der Analyse. Wir haben einen Teil der Analyse inhouse gemacht und mit dem gehen wir zu den externen Planern und entwickeln dies weiter. Da ist das Hochhaus-Konzept natürlich dabei.

Ich nehme erfreut zur Kenntnis, dass sich der Einwohnerrat die genau gleichen Gedanken macht wie der Gemeinderat und wie wir das in der Hauptabteilung Hochbau und Raumplanung gemacht haben. Es ist tatsächlich so, wir müssen möglichst vielfältig bleiben. Es soll Platz für möglichst viel geben, es soll Platz für KMU geben. Wie das genau aussieht, soll im räumlichen Konzept beschrieben werden. Die Frage kam, ob drei Workshops mit dem Soundingboard reichen. Das ist eine Annahme, welche der Planer im Rahmen der Offerte gemacht hat. Wir versuchen natürlich möglichst sorgsam mit dem Geld umzugehen. Wenn wir feststellen, dass es nicht reicht oder dass es einen Zwischenschritt mehr braucht mit der Echogruppe, das ist dasselbe wie das Soundingboard, dann initialisieren wir das natürlich.

Noch ein Wort zu den Einwohnerzahlen. Sie haben vorher dem Antrag der FDP zugestimmt, fast einstimmig, dass die Einwohnerzahl bekannt gegeben werden soll und dass man sich dann über diese Wunschgrösse oder Zielgrösse unterhalten wird. Das geht natürlich nur, wenn das räumliche Entwicklungskonzept die verlässlichen Zahlen liefert. Es ist ein kleiner Widerspruch, dass man zuerst das Leitbild abschliesst, eine Zahl nennt, die das Leitbild alleine nicht liefern kann. Das ist das Zusammenspiel, welches vorhin Nicole Nüssli erwähnt hat. Die roten Pfeile auf dieser Folie sind sehr wichtig. Sie sehen, der Leitbildprozess hat bereits begonnen und das räumliche Entwicklungskonzept startet erst. Das ist mindestens ein Quartal hintendrein. Das geht natürlich auch länger, über zwei Jahre, und muss in diesen zwei Jahren viel mehr Detailfragen beantworten wie das Leitbild. Es ist aber eingebettet in das Ganze. Insofern ist es ein bisschen schwierig, wenn man von einer Zahl ausgeht, die dann erst im dritten Quartal ungefähr kommt und wir erst dann anfangen können. Mit dem räumlichen Konzept müssen parallel die Grundlagen geschaffen werden, die dann auch im Leitbild verankert werden. Wir werden Ihnen selbstverständlich darüber berichten. Wenn man es hintereinander macht, unabhängig voneinander, dann wird das schwierig.

Auf Seite 4 finden Sie das politische Entwicklungsleitbild. Dort sehen Sie, dass das räumliche Entwicklungskonzept auf drei Beinen steht. Das Erste ist das Freiraumkonzept, das ist fertig, Sie haben das genehmigt. Das Zweite ist das Teilkonzept Verkehr und das Teilkonzept Siedlung. Sie sehen dort noch ein paar Graue. Die sind grau, weil sie heute Abend nicht Gegenstand sind, das ist das sogenannte Altersleitbild, welches auch bereits vorhanden ist. Das sind auch weitere Sachen, die Herr Häuptli in seinem Antrag erwähnt hat, Bildung, Kultur und weitere Themen. Das alles soll auch ein Teilkonzept sein von dem grossen politischen Entwicklungsleitbild. Sie rennen offene Türen ein mit diesem Antrag. Wir möchten möglichst umfassend dieses Leitbild aufzeigen. Heute Abend geht es nur um das räumliche Entwicklungskonzept mit den beiden Standbeinen Verkehr und Siedlung.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Christoph Morat hat bereits alles gesagt, was ich sagen wollte. Das räumliche Entwicklungskonzept brauchen wir, um zu sagen, wo die Gemeinde Allschwil hin soll. Es nutzt nichts, wenn wir jetzt sagen, dass wir irgendwann 40'000 Einwohner haben, wenn wir diese gar nicht aufnehmen oder den Verkehr dazu nicht regeln können. Wir brauchen ein Konzept zur räumlichen Entwicklung, um festzustellen, was das Maximum ist, das die Gemeinde aufnehmen kann. Und dann müssen wir sagen, ob wir das überhaupt können, ob wir den Verkehr und die Infrastruktur bewältigen können. Ich möchte beliebt machen, dass wir das räumliche Entwicklungskonzept heute Abend annehmen, damit wir auf dieser Basis weiterarbeiten können. Alles andere sind Zahlen, die aus der Luft gegriffen sind. So können wir sagen, was das Maximum ist und ob es drin liegt oder nicht. Die 6000 Arbeitsplätze sind wunderbar, aber es ist blauäugig, wenn man denkt, dass die Hälfte davon in Allschwil wohnen wird. Wenn man die ganze Agglomeration anschaut und die Entwicklung der Life Science, wo die Leute wohnen, dann können wir das gar nicht bestimmen. Wenn sich die Life Science im Bachgraben weiter so entwickelt, dann können wir nicht mit allen Kräften gegen den Flughafen Basel Mulhouse sein. Wir müssen dann zur Kenntnis nehmen, dass wir viel mehr Abflüge haben. Diese Woche hat die Novartis mit EasyJet verhandelt für bessere Verbindungen. Alles hängt miteinander zusammen, aber das können wir nur, wenn wir mit einem Leitbild und der räumlichen Entwicklung weiterfahren.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Im Grossen und Ganzen findet die SVP-Fraktion das vorliegende Papier gelungen. Es gibt ein paar Positionen, mit denen wir nicht ganz einverstanden sind. Wir werden nachher mit einem Antrag bei der abschnittswisen Beratung kommen. Ich bin nicht ganz einverstanden mit den Äusserungen von Christoph Morat betreffend der Einwohnerratszahlen. Ich äussere mich nicht, weil ich gesehen habe, dass Jürg Vogt, der den Antrag gestellt hat, sich noch äussert nachher. Wir nehmen viel Geld in die Hand für ein weiteres Konzept, wie auch beim Leitbild vorhin. Ich hoffe, dass wir mit diesem Geld, das wir hier investieren, das erhalten, was wir sollten. Nicht dass wir in fünf bis sechs Jahren wieder am selben Punkt stehen. Ich möchte noch etwas zu den Nachtragskrediten sagen. Wir haben lange darüber diskutiert. Wir stimmen heute denen zu, weil wir meinen, dass wir dies wirklich brauchen, um zukunftsgerichtet zu arbeiten. Wir haben auch beschlossen, dass wir jedem Nachtragskredit, der nicht absolut notwendig ist, nicht mehr zustimmen werden nach heute Abend. Es kann nicht sein, dass Franz mit seinem Finanzchef das Sitzfleisch aufreissen, um die Finanzen zu straffen und zu regulieren, und wir kommen nachher mit Nachtragskrediten. Ich möchte das jetzt so erwähnen, dass wir zukünftige Nachtragskredite per se nicht unterstützen werden.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Ich habe noch etwas Grundlegendes, das ich gerne erwähnen möchte. Wir sind mit diesem Entwicklungskonzept am Anfang eines neuen Zonenplans Siedlung. Ich sehe die Visionen noch nicht wirklich, vor allem Visionen für neue Bauzonen-Ordnungen. Ich sage als Beispiel verdichtetes Bauen im Gewerbegebiet. Wir als Politiker können Zonen schaffen und Möglichkeiten schaffen. Wir bauen nicht, das ist richtig. Ich hoffe, dass noch so Inputs und Vorschläge kommen vom Gemeinderat, natürlich mit der professionellen Unterstützung der Verwaltung. Gibt es Zonen, die wir heute noch nicht kennen? Wir sollten die Visionen weit öffnen.

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Ich möchte präzisieren und dir antworten, Christoph. Die FDP-Fraktion würde sich nie anmassen dem Gemeinderat zu sagen, wann er mit dem Konzept beginnen soll. Man sieht es an den Vorarbeiten, dass ihr mit dem Konzept bereits begonnen habt und Grundlagen beschaffen habt. Das soll auch weiterhin so sein. Uns ist auch bewusst, dass es bei einer Diskussion über die Bevölkerungsgrösse wahrscheinlich 40 Meinungen gibt. Wir wollen fundierte Grundlagen. Uns erscheint es wichtig und da schlage ich in die Kerbe von Florian Spiegel, dass das Geld, das wir jetzt einsetzen, zielgerichtet und mit den richtigen Grundlagen, die vom Einwohnerrat abgesegnet sind, aufgelegt und umgesetzt wird. Darum möchten wir die Entwurfsphase des räumlichen Entwicklungskonzepts erst starten, wenn wir im Einwohnerrat die Grundlagen-Diskussion über die zukünftige Grösse von Allschwil geführt haben.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Wir von der CVP-Fraktion begrüssen auch, dass das Entwicklungskonzept durchgeführt werden soll. Wir finden es notwendig, dass wir das räumliche Entwicklungskonzept in Anbetracht der bevorstehenden Veränderungen machen sollen. Zur Diskussion gab bei uns auch das Anlass, was Herr Spiegel erwähnt hat. Wir finden es einen Schönheitsfehler, dass man das über den Weg mit einem Nachtragskredit gemacht hat. Wir erachten das Geschäft aber als wichtig genug, um den Nachtragskredit heute zu bewilligen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Nur kurz zu Andreas Bärtsch. Die Folie, die wir hier aufgelegt haben, ist die Grafik auf Seite 5. Der gelbe Balken ist das Vorgehen des räumlichen Entwicklungskonzepts. Das Vorgehen beim Leitbild ist der blaue Balken links. Dazwischen sind die Kupplungen sichtbar. Eigentlich meinen wir das gleiche. Wir sind jetzt an der Grundlagenerhebung. Ich habe Ihnen ein paar Folien gezeigt, wo wir Ihnen bereits gewisse Grundlagen geliefert und erstellt haben. Das sind die vielen schönen farbigen Pläne, die Sie vorhin gesehen haben. Man sieht auch, dass die Entwürfe des räumlichen Entwicklungskonzepts zwischen dem zweiten Quartal 16 und dem zweiten Quartal 17 dem Einwohnerrat bekannt gegeben werden. Der Input aus dem Leitbild ist der oberste von den Kupplungspfeilen, welcher vom Leitbild ins Vorgehen des räumlichen Entwicklungskonzepts geht. Das sind die Ziele und Stossrichtungen, die auf derselben Höhe stehen wie der Kupplungspfeil. Wir meinen schon dasselbe. Ich hatte vorhin den Eindruck, dass man den gelben Balken nach unten schieben möchte. Aber der gelbe Balken ist aus Sicht des Gemeinderates richtig so. Wir können nichts anfangen, wenn wir nicht vom Leitbild Inputs erhalten. Das ist auf dieser Folie gut dargestellt.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Christoph Morat, gehe ich richtig in der Annahme, dass ein Ergebnis aus diesem Entwicklungskonzept sein wird, wie viel Bedarf wir an Schulhäusern haben werden?

Christoph Morat, Gemeinderat: Das ist unter anderem eine Grösse. Es geht nicht nur um die Schulhäuser, es geht um die gesamten Infrastrukturen. Das kann zum Beispiel auch die Frage sein, ob wir in 20 Jahren ein zweites Altersheim brauchen.

Kurt Kneier, CVP-Fraktion: Das ist einer der Gründe, weshalb ich einen Rückweisungsantrag für die Immobilienstrategie 2016 beantrage. Ich bin froh, dass ich Ihnen das noch sagen kann. Für mich ist das ein wesentlicher Punkt in der ganzen Strategie, nebst dem, dass in eine Strategie alle Immobilien gehören. Wir müssen in Zukunft bei der Immobilien-Strategie zuerst wissen, was wir für einen Bedarf haben. Ich freue mich, wenn wir nachher über meinen Rückweisungsantrag diskutieren.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zur abschnittswisen Beratung.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

1. Ausgangslage

2. Herausforderungen der Gemeindeentwicklung

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: In diesem Abschnitt Arbeitsplatzentwicklung wird darauf hingewiesen, dass wachsende Einwohnerzahlen Druck ausüben auf das produzierende Gewerbe und auf Handwerkerbetriebe. Ich möchte an dieser Stelle darauf hinweisen, dass es sehr wichtig ist, dass wir genau dieses Gewerbe unterstützen und denen wirklich Zonen geben, wo sie sich auch entwickeln können und es sich finanziell leisten können. Im linksufrigen Bachgrabengebiet haben wir ein tolles Gebiet für die Life Science. In diesem Gebiet wird es nicht mehr möglich sein, sich zu entwickeln für dieses Gewerbe. Wir brauchen Zonen, wo dieses Gewerbe seinen Platz hat. Wie es bereits in diesem Bericht festgehalten ist, wenn man die Wohnungen und das Gewerbe zu nahe zusammenbringt, dann gibt es Konflikte. Dort geht normalerweise das Gewerbe als Verlierer daraus hervor. Das muss richtig angeschaut werden und die Bedeutung des Gewerbes muss im räumlichen Konzept Platz haben.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Genau für das brauchen wir ein räumliches Entwicklungskonzept. Wohnen und arbeiten muss sich miteinander vertragen. Ich bin seit über 30 Jahren KMUler und ich weiss, was es heisst, in Wohnquartieren zu arbeiten. Ich weiss, was es heisst, wenn KMU in Quartieren arbeiten, die laut sind oder Gerüche von sich geben. Genau darum brauchen wir in Allschwil ein Entwicklungskonzept, das zusammenspielt mit dem Leitbild.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

3. Vorgehen

4. Grobterminplan

5. Kosten

6. Organigramm

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich habe bereits erwähnt, dass wir mit einem Antrag kommen werden. Es hat sich die Frage gestellt, ob die Echogruppe genügend eingebunden ist. Wir haben heute Voten gehört, dass solche Geschäfte enger mit der VPK verknüpft sein sollen oder dass die das vorbereiten. Wir meinen, dass es bei so einem grossen Projekt sinnvoll wäre, wenn die VPK direkten Bezug hätte. Wir stellen den Antrag, dass der Präsident und der Vizepräsident der VPK Einsitz in der Steuerungsgruppe haben.

Christoph Morat, Gemeinderat: Florian Spiegel, du rennst offene Türen ein. Unter dem Organigramm ist ein kleiner Kasten, dort steht Zusammensetzung Echogruppe. Wir meinen, dass die gesamte VPK Einsitz nehmen soll in der Echogruppe.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich meine nicht die Echogruppe, sondern ich meine die Steuerungsgruppe.

Jürg Vogt, FDP-Fraktion: Bis Gemeinderat Morat antwortet, kann ich nachdoppeln. Ich kannte den Antrag nicht, aber die Echogruppe kann nicht nur mit drei Workshops, weil es zu viel kostet, funktionieren. Dort ist das Geld richtig investiert. Ich unterstütze den Antrag der SVP.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wie lautet der Antrag genau? Zwei Personen? Eine Steuerungsgruppe steuert ein Projekt. Die Frage ist, ob es dort richtig angesiedelt ist. Gross wehren können wir uns nicht, aber es ist eine Grösse von einer Gruppe. Eine Steuerungsgruppe sollte kurz, schnell und effizient gewisse Entscheide treffen, sei das bezüglich Grösse, Termine oder Qualität von etwas. Mit fünf Personen ist sie an der oberen Grenze von einer Machbarkeit. Ich überlasse es dem Einwohnerrat.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Wir müssen aufpassen, dass nicht alle überall dabei sind. Ich habe ein gewisses Verständnis für den Antrag von Florian Spiegel. Wenn wir aber schon die Echogruppe haben und ein gepflegtes Miteinander, dann würde das reichen. Wir müssen die Ebenen nicht miteinander vermischen. Wir vermischen jetzt die Ebenen und ich mache beliebt, dass wir das nicht so machen und dass man der Steuerungsgruppe das Vertrauen gibt, dass sie frühzeitig mit der Echogruppe bzw. der VPK in Kontakt treten.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich habe auch Verständnis für diesen Antrag, aber hier muss ich Andi Bammatter Recht geben. Es wäre falsch, wenn in einer Steuerungsgruppe, wo der Gemeinderat letztendlich die Verantwortung hat, Mitglieder vom Einwohnerrat in Form der VPK Einsitz nehmen. Das vermischt Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten, das finde ich keine gute Idee.

Simon Zimmermann, SVP-Fraktion: Ich bin auch dieser Meinung, dass die VPK dort rein soll. Ich habe diverse Erfahrungen gemacht, ich bin auch in der VPK, dass man Vorlagen erhält, die man abnicken soll und nicht mehr viel dazu sagen kann. Die VPK soll von Anfang an mitentscheiden. Wir wollen zwei Personen dort rein delegieren, was die Kommunikation fördert, damit wir nicht pfannenfertige Sachen erhalten. Leider geht es häufig in diese Richtung, und das finde ich schade.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich höre, dass das Problem des Gemeinderates die Mitbestimmung der VPK in der Steuerungsgruppe ist. Da wir eine sehr kompromissbereite Partei sind, haben wir einen zweiten Vorschlag ausgearbeitet, den wir gegenüberstellen können. Im zweiten Vorschlag geht es immer noch darum, dass der Vizepräsident und Präsident der VPK in die Steuerungsgruppe darf, aber dann steht: Diese nehmen in der Steuerungsgruppe eine beratende Funktion ein. Diese Anträge können wir einander gegenüberstellen und dann diesen zur Abstimmung bringen.

Christoph Morat, Gemeinderat: Wenn „beratend“ steht, dann nehmen wir den, freiwillig und ohne Diskussion.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Die Echogruppe soll dreimal tagen, wir haben gehört, dass jede Tagung mit dem externen Büro kostet. Es ist ein wichtiges Konzept, das hier ausgearbeitet wird. Der Einwohnerrat sollte durch Kommissionsmitglieder vertreten sein. Ich finde es wichtig, dass in der Steuerungsgruppe jemand von der VPK ist. Wir können uns überlegen, welchen Antrag wir unterstützen.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich finde den zweiten Antrag der SVP sehr gut. Ich würde vielleicht noch dazuschreiben, eine Nuance, dass das VPK-Präsidium und Vizepräsidium das Recht auf Einsitz haben, um zu vermeiden, dass die Steuerungsgruppe nicht beschlussfähig ist, falls niemand anwesend ist von der Kommission.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Spiegel, möchten Sie den Antrag gegenüberstellen oder ziehen Sie einen Antrag zurück?

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Wir ziehen den ersten Antrag zurück und dann hat sich das Votum von Herrn Wolf erübrigt, weil sie ja dann kein Stimmrecht haben.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Was sind Steuerungsmitglieder ohne Stimmrecht? Das gibt es doch gar nicht.

Christoph Morat, Gemeinderat: Beim neuen Schulhaus haben wir das auch, Jürgen Johner ist Teil des Steuerungsausschusses ohne Stimmrecht in beratender Funktion. Das ist ein übliches Vorgehen.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich hätte gerne noch eine Auskunft, ob die Steuerungsgruppe nicht vorwärts kommt, wenn die beiden in beratender Funktion nicht anwesend sind wegen dem Votum von Herrn Wolf.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Ich habe Mühe die beiden Ebenen zu vermischen. Gemeinderat, Verantwortung, Einwohnerrat, Beisitz. Beisitzen heisst auch, dass man Zeit haben muss. Einmal ist man dabei, einmal nicht. Die Gruppe arbeitet weiter, auch wenn der Präsident der VPK nicht dabei sein kann. Die Sitzungen werden wahrscheinlich auch zu Arbeitszeiten stattfinden und nichts abends, weil der VPK-Präsident erst um 20.00 Uhr Zeit hat. Lieber das Sitzungsgeld für vier anstelle von drei Workshops ausgeben, dann haben wir grad alle Fraktionen dabei.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Nur kurz, damit es im Protokoll klar steht. Die Steuerungsgruppe kann auch dann tagen, wenn die beiden Kommissionmitglieder nicht dabei sind. Ich möchte zu bedenken geben, dass eine Gerichtsverhandlung ohne den Gerichtsschreiber nicht stattfinden kann, und der Gerichtsschreiber hat auch nur eine beratende Funktion.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über den Antrag der SVP-Fraktion ab.

//:

Diesem Antrag wird mit 22 Ja gegen 15 Nein und 2 Enthaltung zugestimmt.

Simon Maurer, 2. Vizepräsident:

7. Anträge

Andreas Bärtsch, FDP-Fraktion: Wir von der FDP-Fraktion stellen den Antrag, wie bereits erwähnt, dass mit der Ausarbeitung der Entwurfsphase erst angefangen werden darf, wenn wir im Einwohnerrat die Grundsatzdiskussionen geführt und genehmigt haben. Der Beginn der Ausarbeitung des Konzepts, also das, was eigentlich bereits in Arbeit ist, liegt selbstverständlich im Ermessen des Gemeinderates. Wir freuen uns, wenn Sie unserem Antrag zustimmen.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Ich sage es nochmals, ich bin gegen diesen Antrag, weil ich immer noch der Meinung bin, dass das eine vom andern abhängt. Wenn wir alles von der Einwohnerzahl abhängig machen und über diese diskutieren und dann erst etwas machen, dann ist das für mich absolut nicht liberal und freiheitlich. Wir schränken Leute ein und Privatparzellen oder sonst etwas. Wir müssen zuerst wissen, wie das ganze Konzept aussieht und daraus können wir ableiten, wie viele Menschen Allschwil verträgt. So kann die Gemeinde steuern, wo und auf welcher Parzelle was passiert. Alles andere ist ein Eingriff in die Persönlichkeitsrechte.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich habe im letzten Votum Sympathien gegenüber dem FDP-Antrag geäußert. Ich kündige die Sympathien, denn die Äusserungen von Christoph Morat zur Verschränkung der beiden Prozesse haben mich überzeugt, dass es so richtig angelegt ist.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir kommen zu den Anträgen.

7.1

Dem Kreditantrag von CHF 183'000 inkl. MWST und Nebenkosten für die Erstellung des räumlichen Entwicklungskonzepts mit den Teilkonzepten Siedlung und Verkehr und für die Durchführung eines öffentlichen Mitwirkungsverfahrens wird zugestimmt.

://:

Diesem Antrag wird einstimmig zugestimmt.

Wir kommen zum Antrag der FDP, ein neuer Punkt 7.2

7.2.

Der Start für die Ausarbeitung des räumlichen Entwicklungskonzepts liegt im Ermessen des Gemeinderates. Der Start der Entwurfsphase des räumlichen Entwicklungskonzepts darf erst erfolgen, wenn die Grundlagen aus dem Gemeindeleitbild durch den Einwohnerrat genehmigt sind. Dies wird voraussichtlich im dritten Quartal 2016 der Fall sein.

://:

Dieser Antrag wird mit 18 Ja gegen 20 Nein und 1 Enthaltung abgelehnt.

://:

Das Geschäft als Ganzes wird einstimmig abgeschlossen.

Christoph Morat, Gemeinderat. Ich möchte mich bei Ihnen fürs Vertrauen bedanken. Wir probieren, das Beste herauszuholen. Es ist viel Geld, das wissen wir, aber wir werden es gezielt einsetzen und Ihnen ein tolles Produkt präsentieren.

Pascale Uccella-Klauser, Präsident: Ich muss Ihnen leider sagen, dass wir das Traktandum 5 noch machen, es ist ein sehr wichtiges Traktandum. Traktandum 4 haben wir verschoben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 4

Bericht des Gemeinderates vom 27.01.2016, betreffend
Immobilienstrategie 2016 Allschwil

Geschäftsvertretung: GR Christoph Morat, Geschäft 4270

Wurde auf Antrag auf Änderung der Traktandenliste auf die Märzszitzung verschoben.

01.030 Einwohnerrat

Traktandum 5

Motion von Matthias Häuptli, Mario Elser und Jérôme Mollat, GLP,
vom 8.12.2015, betreffend Modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung
Antrag des Gemeinderates: Entgegennahme

Geschäftsvertretung: GR Arnold Julier, Geschäft 4259

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Der Gemeinderat nimmt diese Motion entgegen. Wir müssen also nur darüber abstimmen, ob wir das als Motion überweisen, ausser es gibt einen Gegenantrag.

Florian Spiegel, SVP-Fraktion: Ich stelle den Gegenantrag, dass wir es nicht überweisen, wenn es bei einer Motion bleibt.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich unterstütze den Gegenantrag. Ich bin sehr interessiert am Thema Tagesbetreuung. Deshalb bin ich froh, dass die GLP-Fraktion dieses Thema bringt. Ich finde drei Punkte nicht günstig. Der erste Punkt ist, dass ich bei der Tagesbetreuung für die Weiterentwicklung nicht nur das Subventionssystem anschauen möchte, sondern viel umfassender. Der zweite Grund ist, dass ich den Ansatz vom Subventionssystem nicht nur zu wenig umfassend finde, sondern auch zu wenig vertiefend. Der dritte Grund, weshalb ich der GLP-Fraktion beliebt machen möchte, es in ein Postulat umzuwandeln, ist die Parallelität zu den Abklärungen der GPK zu den Tatbeständen, welche die GLP teilweise als Begründung für ihre Motion aufführt. Wenn die GLP dies in ein Postulat umwandelt, wäre ich dafür. Die GLP bleibt jetzt bei einer Motion, darum bin ich dagegen.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Auch die SP-Fraktion ist allenfalls für ein Postulat. Ich habe eingangs gemeint, dass man es sogar zurückziehen soll. Wenn man den Text liest, dann wird ständig vom Tagesheim und der Übervorteilung gesprochen. Wenn wir es überweisen, dann als Postulat, aber eigentlich gar nicht überweisen, auch wenn es der Gemeinderat annehmen möchte. Die GPK hat noch nicht einmal angefangen mit der Befragung.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Die CVP-Fraktion würde es ebenfalls begrüßen, wenn man es als Postulat überweisen würde. Mit der Motion schießen wir mit Kanonen auf Spatzen. Wie mein Vorredner richtig gesagt hat, die GPK hat die Tätigkeit noch nicht abgeschlossen und das muss auf jeden Fall noch abgewartet werden.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Ich bin über die Fireko und auch sonst involviert in die Thematik. Der Job der GPK ist ein Rückblick und diese Motion ist eine Zukunftsausrichtung. Die GPK rollt auf, was in der Vergangenheit nicht rund lief, damit es dazu noch Fakten gibt. Man weiss bereits heute, dass es in Zukunft nicht so weiterlaufen kann. Die Motion wäre ein moderner Schritt in die Zukunft.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Wir freuen uns, dass der Gemeinderat die Motion entgegennehmen möchte. Die Differenzen zwischen dem Gemeinderat und der Stiftung Tagesheim sind

zugegebenermassen der Anstoss für die Motion, aber es geht eigentlich gar nicht darum. Wir haben in der Motion, wenn man sie genau liest, keine Schuldzuweisungen gemacht an die Stiftung Tagesheim, darum geht es wirklich nicht. Es gibt Kritikpunkte am jetzigen System, welche von der Stiftung Tagesheim geäussert wurden. Sie fühlen sich beispielsweise in gewisser Hinsicht nicht gleichbehandelt mit privaten Anbietern. Ob bis jetzt etwas schief gelaufen ist in der bestehenden Leistungsvereinbarung und bei der Umsetzung ist Aufgabe der Fireko und jetzt der GPK. Uns geht es nicht darum, sondern es geht darum, dass wir die Subventionen für die Tagesbetreuung auf eine neue Grundlage stellen möchten.

Wir haben heute das System mit einem Leistungsauftrag mit der Stiftung Tagesheim und es gibt noch die Leistungsvereinbarung mit dem aufgelösten Verein Tagesbetreuung, welche übertragen wurde. Das Instrument der Leistungsvereinbarung ist dort sinnvoll, wo es darum geht, dass die Gemeinde Leistungen in Auftrag gibt, die sonst nicht erbracht werden. Wenn man eine Buslinie bestellt, dann gibt man einen Leistungsauftrag, damit überhaupt jemand die Buslinie betreibt. Bei der Tagesbetreuung ist heute die Situation so – das war vor ein paar Jahren vielleicht anders -, dass es verschiedene Anbieter gibt. Es gibt einen Markt und unsere Rolle ist nur notwendigerweise, dass wir die Tagesbetreuung finanziell unterstützen. Wir müssen nicht dafür sorgen, dass es das Angebot überhaupt gibt. Es gibt das Angebot auch von privaten Anbietern. Wir müssen auch nicht dafür sorgen, dass die Qualität gut ist. Es gibt Richtlinien des Kantons, die sehr stark ins Detail gehen. Man könnte diskutieren, ob sie nicht zu weit gehen. Wir müssen nichts machen, damit die Qualität gewährleistet ist. Es gibt auch die Aufsicht, die beim Kanton angesiedelt ist. Man müsste ein Reglement machen, welches regelt unter welchen Voraussetzungen die Subventionen für die Tagesbetreuung gesprochen werden. Das möchten wir erreichen.

Um ein Reglement zu erlassen, ist das richtige Instrument die Motion. Über den Inhalt können wir nachher wieder diskutieren. Wenn man am System etwas ändern möchte, dann muss man den Gemeinderat dazu verpflichten etwas zu bringen, und nicht nur zu prüfen und zu berichten. Wir brauchen einen Vorschlag, wie ein neues System aussehen könnte. Ich gehe davon aus, dass darum der Gemeinderat diese Motion entgegennehmen möchte. Inhaltlich ist unsere Motion sehr offen formuliert. Rahmenbedingungen ergeben sich aus dem kantonalen Gesetz über die familienergänzende Kinderbetreuung. Es ist klar, dass die Subventionen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit geknüpft sein müssen. Es ist klar, dass die Subventionen in der Form sinnvollerweise an die Einrichtungen ausbezahlt werden und nicht in Form einer Steuergutschrift an die Berechtigten, das dürfte kaum bestritten sein. Es ist klar, dass das Reglement diese Kriterien regeln muss. Das sind die Punkte, die wir in der Motion haben. Wir haben gedacht, dass dies einigermaßen konsensfähig sein sollte, dass man diesen Inhalt in einem Reglement hat. Es wundert mich sehr, dass von verschiedener Seite gefordert wird, dass man es in ein Postulat abschwächt. Ich sehe den Sinn nicht, nachdem der Gemeinderat die Motion entgegennehmen möchte.

Kathrin Gürtler, FDP-Fraktion: Ich möchte darauf hinweisen, dass die GPK den Auftrag hat zum Untersuchen, wie es kommen konnte, dass die bestehende Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheim in der Vergangenheit falsch umgesetzt wurde und die Verantwortlichkeit zu prüfen. Das hat nichts damit zu tun, wie man heute und in Zukunft die Tagesstätte unterstützt. In diesem Vorstoss geht es um ein zu schaffendes Reglement, welches auf neue stabile Beine setzt. Der Auftrag, den die GPK hat und bearbeitet, hat mit diesem Vorstoss hier nichts zu tun.

Stephan Wolf, CVP-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass man keinen modernen Schritt in die Zukunft machen kann, ohne dass man die Vergangenheit angeschaut hat. Wenn wir dem Gemeinderat jetzt den Auftrag geben, ein neues Reglement verbindlich zu schaffen, obwohl die GPK die Arbeit noch nicht abgeschlossen hat, haben wir am Schluss vielleicht etwas, mit dem niemand zufrieden ist. Das sollten wir auf alle Fälle verhindern. Ich bin der Meinung, dass diese Motion in ein Postulat umgewandelt werden sollte.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Herr Häuptli hat vorhin ausführlich geschildert, was der Grund für die Motion ist. Wir können das alles unterstützen, die Motion stösst offene Türen ein. Und zwar unter anderem wegen der Tatsache, dass die Leistungsvereinbarung mit dem Tageselternverein der Stiftung Tagesheime gekündigt wurde. Wir haben darum jetzt die Situation, dass wir Tagesmüttern haben, die bis anhing geregelt wurden über die Subventionierung über die Stiftung Tagesheime. Wir haben dort einen vertragslosen Zustand. Wir müssen dort sowieso ein Reglement für die Subventionierung erarbeiten. Wir haben am Schluss die Situation, dass wir ein Reglement für die Subventionierung der Tageseltern und der privaten Tagesheime haben, und auf der anderen Seite haben wir die Leistungsvereinbarung mit der Stiftung Tagesheime. Das ist eine gewisse Doppelspurigkeit. Wenn wir

jetzt in die Zukunft schauen, dann könnten wir alles zusammen auf neue Beine stellen. Das ist der Grund, weshalb der Gemeinderat diese Motion entgegennehmen kann.

Philippe Hofmann, CVP-Fraktion: Es ist eine Informationsflut, was alles könnte und sollte sein. Vielleicht renne ich auch offene Türen ein. Ich möchte der GPK beliebt machen, dass wir zuerst unsere Arbeit machen. Dann können wir Erkenntnisse, je nach dem, was wir herausfinden, in ein Reglement einfließen lassen. Das würde heissen, dass wir zuerst unsere Arbeit machen können. Danach können wir über ein Reglement für die Neuausrichtung ausdenken. Also nicht als Motion annehmen. Wenn es als Postulat überwiesen wird, dann müsste man es ablehnen. Das ist mein Antrag aus der GPK.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich sage etwas mit dem Hut als GPK-Mitglied. Als GPK-Mitglied wäre ich mittelmässig bis minimal motiviert, dort mitzuarbeiten, wenn das nicht zukunftsorientiert ist. Wir haben bis jetzt mit Erfolg in der GPK immer Empfehlungen für die Zukunft abgegeben. Die GPK ist für mich kein Instrument zur Vergangenheitsbewältigung, sondern für ein Öffnen von günstigen Perspektiven in Zukunft. Die Motion bindet den Gemeinderat nachher dies so zu tun, wie es hier steht. Er muss ein Reglement erlassen. In der Motion steht ein Satz: Die Beiträge werden in der Regel direkt an die Einrichtung ausbezahlt. Wenn Sie diese Motion annehmen, dann muss der Gemeinderat das Reglement so machen, er ist nicht mehr frei für andere Varianten. Er ist nicht mehr frei Erkenntnisse der GPK zu berücksichtigen, die sagt, dass das nicht gut kommt. Lehnen Sie die Motion ab.

René Imhof, Fireko-Präsident: Ein neues Regulativ, das gemacht werden sollte, ist die Fireko mehrheitlich der Meinung, müsste ein neuer Stiftungsrat machen, der alte Stiftungsrat müsste zurücktreten. Warum? Man hat Verfehlungen festgestellt. Es gäbe sogar Möglichkeiten zu Strafanzeigen mit sehr grosser Erfolgsmöglichkeit. Das kostet viel Geld und das sind viele administrative Kosten. Wenn man dort gewinnt, kann man zivilrechtlich vorgehen. Aber die Million kommt nicht mehr zurück. Wahrscheinlich gäbe es dann einen Konkurs dieser wichtigen Sozialwerke und man müsste etwas Neues erstellen. Deshalb sind wir der Meinung, dass der Stiftungsrat zurücktreten soll und mit einem neuen Stiftungsrat kann ein neues Regulativ gemacht werden.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Man müsste den Vorstoss noch ergänzen mit der Tagesschule, das gehört auch dazu. Man könnte es Tagesstrukturen nennen anstelle von Tagesheim.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Man greift nicht in ein laufendes Geschäft ein, deshalb gibt es keinen Vorstoss in diese Richtung. Das Thema der GPK heisst: Welche Rückschlüsse können wir daraus ziehen und wie kann die Gemeinde weitergehen. Eine Motion ist verbindend. Wenn man es nicht umwandeln möchte, weil es dann Gewicht verliert, dann reicht sie doch bitte nach dem Bericht der GPK ein. Wenn der Gemeinderat sagt, dass er sowieso gewisse Reglemente ändern muss, dann kann er im Voraus arbeiten. Er weiss, dass wir kommen und wir kommen garantiert.

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Ich höre, dass die grosse Befürchtung da ist, dass man der GPK in ihre Arbeit funkt. Es geht aber nicht darum und es geht auch nicht darum, dass die GPK nur Vergangenheitsbewältigung macht. Der Fokus ist ein anderer. Die GPK muss untersuchen, was schief gelaufen ist und daraus Handlungsanweisungen ableiten für die Zukunft, aber immer was den Gemeinderat und die Verwaltung betreffen. Im konkreten Fall wird es darum gehen, dass die GPK sagen muss, ob man etwas machen muss bei der Umsetzung von Leistungsvereinbarungen, unabhängig davon, wer das ist. Das könnte eine Handlungsempfehlung auf Ebene der GPK sein. Es ist nicht Aufgabe der GPK die politischen Schlüsse daraus zu ziehen bezüglich Entscheide, die wir hier drin fällen, nämlich welches Subventionssystem wir haben für die Tagesbetreuung. Die Subventionen haben wir hier drin beschlossen. Es ist nicht Aufgabe der GPK zu sagen, dass es schief gelaufen ist. Die GPK prüft die Geschäftsführung durch den Gemeinderat und die Verwaltung. Darum tangiert es dies gar nicht, wir können hier ein neues Subventionssystem beschliessen, unabhängig davon, was allenfalls schief gelaufen ist im alten System. Es erübrigt sich auch nicht, wenn man etwas Neues beschliesst. Zur inhaltlichen Kritik. Ja, es ist eine der wenigen Vorgaben, dass diese Subventionen nicht direkt an die Berechtigten ausbezahlt werden, sondern an die Institutionen. Das wird bisher so gemacht und es wird praktisch überall so gemacht. Man erhält nirgends die Subventionen direkt ausbezahlt an die Eltern, es geht immer über die Institutionen. Das ist nicht nur in Allschwil so. Es wundert mich, dass man dies in Frage stellen möchte. Das ist nicht der Kern des Problems, den wir in der Leistungsvereinbarung hatten.

Alle, die jetzt finden, dass man die Motion ablehnen müsse, sollten sich fragen, ob sie ein modernes System möchten für die Subventionierung oder ob man weiterhin mit einem komischen System fahren möchte, das nicht einmal mehr dem Gemeinderat möchte. Mit der Ablehnung der Motion tut man kund, dass alles gut sei und man nichts Neues möchte.

Roland Naef, LDP, fraktionslos: Ich glaube, jetzt vermischen wir wieder viel miteinander. Es geht um die Motion, und es geht nicht darum, was vorgefallen ist. Kollege Imhof, ich finde es ungeheuerlich, dass man hier drin zum zweiten Mal Leute verurteilt, bevor man überhaupt etwas abgeklärt hat. Man hat hier drin zum zweiten Mal die beiden Gemeinderäte hingestellt, als wenn sie Gelder veruntreut hätten oder straffällig wären. Hier drin können wir normal miteinander reden, aber hier drin gibt es keine Beschuldigungen, bevor Fakten auf dem Tisch liegen. Ich bitte Sie alle, sich dagegen zu wehren. Ich frage mich heute Abend, ob die GPK und die Fireko überhaupt die richtigen Instrumente sind, um das abzuklären. Ich würde dem Einwohnerrat beliebt machen, eine externe Revisionsstelle zu beauftragen. Das kostet zwar etwas, aber die sind neutral und nicht belastet mit irgendwelchen Vorurteilen. Dann haben wir irgendwann einen sauberen Tisch und wissen, was passiert ist. Ich entschuldige mich bei euch, dass man jetzt zum zweiten Mal Ungeheuerlichkeiten verbreitet von einer Million und dass man straffällig sei.

Andreas Bammatter, SP-Fraktion: Man wollte unbedingt das Traktandum durchführen und nun sind wir da angekommen, dass Herr Imhof als Fireko-Präsident eine Zahl genannt hat, die noch nie überprüft wurde und keine Gegendarstellung öffentlich gemacht werden konnte. Die andere Partei ist noch nicht zum Zuge gekommen und wurde noch nicht im Bericht erwähnt. René Imhof, ist die ganze Fireko der Meinung, dass der Stiftungsrat zurücktreten soll? Kannst du darauf eine Antwort geben? Du redest von Straffälligkeit, das ist eine Anschuldigung. Herr Hoffmann ist im Saal, er kann es morgen wieder in die Zeitung schreiben und öffentlich machen, obwohl nur eine Hälfte dargestellt wurde. Ich finde es peinlich für uns und muss Matthias Häuptli sagen, dass es mir Leid tut, dass seine Motion jetzt auf diese Ebene gezogen wurde. Ich habe das befürchtet und darum wollte ich, dass man das zurückzieht, bis die Geschichte der GPK erledigt ist. René Imhof, bist du der Meinung, dass die ganze Fireko findet, dass die straffällig sind und gesamthaft zurücktreten sollen?

Rolf Adam, CVP-Fraktion: Ich denke, es sind einige Voten gefallen und das führt nirgends mehr hin. Ich stelle den Antrag auf Diskussionsabbruch.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Wir stimmen über diesen Antrag auf Abbruch der Diskussion ab.

://:

Diesem Antrag wird grossmehrheitlich zugestimmt.

Die Redner, die bereits auf der Rednerliste stehen, dürfen noch reden.

Rahel Balsiger Sonjic, FDP-Fraktion: Zur Fireko möchte ich mich nicht äussern, die offene Frage soll noch beantwortet werden. Ich aus meiner Sicht habe es so verstanden, als wir in der Fireko darüber gesprochen haben, dass man einen Auftrag an die GPK empfehlen wollte, dass es darum ging, dass es deren Job ist, die Verantwortlichkeiten zu klären. Wir haben das Zahlenmaterial und das Budget geklärt, das haben wir gemacht, das müsst ihr nicht nochmals wiederholen. Das ist nicht euer Job, das haben wir gemacht mit einer Revisionsstelle. Mir wäre es lieber gewesen, wegen den Gemeinderäten, umso mehr ich den Zeitungsbericht auch gelesen habe, dass die GPK keine Heissluftballon-Übung macht, sondern den Ball möglichst flach hält. Es wäre darum gegangen, ein paar Interviews zu führen und zu schauen, was passiert ist. Wir in der Fireko haben dreiviertel herausgefunden, was schief gelaufen ist. Es ist nicht unser Job darüber zu berichten, darum haben wir den Ball an die GPK gegeben. Die Idee wäre gewesen, dass noch ein Bericht entsteht, damit man der Bevölkerung Rechenschaft geben kann, aber nicht eine solche Geschichte daraus zu machen.

Bruno Gadola, SP-Fraktion: Dass der Stiftungsrat zurücktreten soll, ist kein Beschluss der gesamten Fireko, das ist eine Aussage von Herrn Imhof persönlich. Ich habe noch eine Frage. Werden bei dieser Motion die Tagesschulen auch mitgedacht?

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist angedacht, das ganze System anzuschauen. Die Betreuung der Kinder, die noch nicht in der Schule sind und die Kinder, die in der Schule sind, also Tagesschule und Tageskindergarten.

René Imhof, Fireko-Präsident: Offenbar hat man hier nicht richtig zugehört. Ich habe gesagt, die Mehrheit der Fireko, und das ist eine Tatsache. Ich habe keine Schuldzuweisungen gemacht. Ich habe keinen Namen genannt und nicht von einem Gemeinderat geredet. Das ist nicht der Fall. Ich möchte klarstellen, dass in der Fireko von einem Jurist gefallen ist, dass es eine Möglichkeit wäre, dass man mit dem Gericht irgendetwas machen könnte. Wir haben darüber diskutiert, wie man wieder an dieses Geld kommen könnte. Es liegt mir fern jemand vorzuverurteilen. Aber wenn ich die Zeitung von gestern lese, dann muss ich sagen, dass Frau Nüssli einen sehr guten Bericht gemacht hat. Ich würde empfehlen, den genau zu lesen.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Darf ich das richtig stellen. Ich wurde angefragt, wie ich das häufig angefragt werde, von einem Journalist, von Herrn Hoffmann. Das Thema war die heutige Motion. Darüber habe ich Auskunft gegeben, mehr nicht. Es ging nur um diese Motion und überhaupt kein weiteres Thema und kein weiteres Statement von mir. Es ist jetzt äusserst schade, die heutige Einwohnerratssitzung habe ich bis zu diesem Traktandum als hervorragende Sitzung in Erinnerung. Man hat sich den Themen angenommen und sich intensiv damit beschäftigt. Man hat sich gut geäussert und war absolut fair miteinander. Ich bitte Sie, dass wir auch bei diesem Traktandum bei der Fairness bleiben und uns dazu äussern, was notwendig ist. Es geht hier nicht um die GPK, es geht nicht um das, was vorgefallen ist. Es geht um ein neues Subventionssystem, das wir in Angriff nehmen möchten. Es hat nichts damit zu tun, was die GPK abklärt und den Ergebnissen, aus meiner Sicht. Bezüglich des schwierigen Umstandes, dass wir zwei Gemeinderäte haben, die gleichzeitig im Gemeinderat und im Stiftungsrat sind, waren die beiden von Anfang an im Fokus der Berichterstattung. Das ist eine ganz schwierige Situation für diese beiden Gemeinderäte und das möchte ich in diesem Moment auch sagen. Es ist eine schwierige Situation, wo wir nicht darüber hinwegsehen können, aber es ist eine Tatsache. Ich bitte Sie, wie man das auch bei Straffälligen macht, ich habe es vorhin Herrn Hoffmann unter vier Augen bereits gesagt, bis eine Verurteilung vorliegt, geht man davon aus, dass sie unschuldig sind. Das bitte ich auch hier in diesem konkreten Fall so zu machen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Die Rednerliste ist erschöpft. Bleiben Sie bei der Motion oder wandeln Sie es um in ein Postulat?

Matthias Häuptli, GLP/BDP-Fraktion: Wir denken, es ist der Sache dienlich, wenn wir es abschwächen zu einem Postulat, auch wenn wir der Meinung sind, dass die Motion das richtige Instrument wäre. Wir schwächen es ab zu einem Postulat.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich frage die Frau Gemeindepräsidentin an, ob sie das Postulat entgegennehmen würden.

Nicole Nüssli-Kaiser, Gemeindepräsidentin: Es ist der Sache dienlich, der Gemeinderat ist bereit, das Postulat entgegenzunehmen.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Dann stimmen wir über das Postulat ab, die umgewandelte Motion, Geschäft 4259, modernes Subventionssystem für die Tagesbetreuung.

://:

Das Postulat wird mit 29 Ja gegen 8 Nein und 0 Enthaltungen überwiesen.

Ueli Keller, EVP/Grüne-Fraktion: Ich bin der Meinung, dass es als Postulat anders formuliert werden müsste. Es müsste heissen, dass der Gemeinderat gebeten wird zu prüfen und zu berichten.

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Zum Schluss eine persönliche Erklärung zu dem, was Frau Balsiger gesagt hat. In der GPK hat es zwei Fraktionspräsidenten, einen Aspiranten auf den Gemeinderat, eine langjährige Treuhand-Fachfrau, eine Personalverantwortliche, eine Juristin.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Herr Winter, bitte kurz

Jean-Jacques Winter, SP-Fraktion: Pardon. Es geht nicht darum, der GPK vorzuhalten, dass wir den Ball nicht tief halten würden. Lesen Sie unsere Fragen. Wir haben nicht vor auf Personen zu schiessen. Unsere Fragen sind alle klar in Bezug auf Abläufe. Alles andere ist eine Unterstellung an die Personen, die in der GPK intensiv daran arbeiten.

Pascale Uccella-Klauser, Präsidentin: Ich wünsche allen einen schönen Abend und Herrn Gadola alles Gute zum Geburtstag. Es ist toll, dass Sie hier waren.

ENDE